



# ANKLAGEN

Winter 2017/2018

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Profit ohne Rücksicht – müssen Unternehmen sich ihrer Verantwortung stellen? ■ Philippinen – Kampf gegen das politische Machtgefüge ■ Indigene Völker – Fortschritt tötet ■ Brasilien: Rio Doce – eine ökologische Katastrophe und ihre weitläufigen Folgen ■ El Salvador – Generalverdacht Abtreibung ■ Islamophobie in Europa – Der Feindin unserer Mitte

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Editorial .....   | 2  |
| Profit ohne Rücksicht – Müssen Unternehmen sich ihrer Verantwortung stellen? .....    | 3  |
| Philippinen – Kampf gegen das politische Machtgefüge .....                            | 6  |
| Indigene Völker – Fortschritt tötet .....   | 8  |
| Brasilien: Rio Doce – eine ökologische Katastrophe und ihre weitläufigen Folgen ..... | 12 |
| El Salvador – Generalverdacht Abtreibung .....  | 14 |
| Islamophobie in Europa – Der Feind in unserer Mitte .....                             | 16 |
| Briefe gegen das Vergessen .....  | 21 |

## Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

### Redaktion:

Anesa Aljovic, Sabine Bouajaja, Sabrina Bucher, Ophée Dorschner, Christian Eisenreich, Janina Hirsch, Victoria Kropp, Anneke Martens, Christina Oberger, Eva Scheerer (ViSdP), [REDACTED] Clara Schneiderhan, Heiderose Schwarz  
Redaktionschluss dieser Ausgabe:  
07.11.2017

Auflage: 4.200

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Protest in El Salvador – viele Frauen und Mädchen sind aufgrund des absoluten Abtreibungsverbots gestorben oder wurden zu langen Haftstrafen verurteilt, s. Seite 14. © Giles Clarke, [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

## Liebe Freunde,

die Wintermonate sind für viele von uns eine Zeit der Einkehr und der Besinnung. Während wir in den letzten Wochen des alten Jahres die vergangenen Monate Revue passieren lassen, erinnern wir uns mit Dankbarkeit an angenehme Begegnungen und unvergessliche Erlebnisse, die unser Leben bereichert haben. Gleichzeitig ist das Ende eines Jahres auch eine Zeit, in der wir nach vorne schauen, Pläne für die Zukunft schmieden und uns Ziele setzen, die wir in den kommenden zwölf Monaten erreichen möchten.

Mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken, ist ein großes Privileg, an dem wir uns erfreuen dürfen; viele Menschen können das Jahresende 2017 nicht zusammen mit ihnen nahestehenden Menschen verbringen und gemeinsam positiv auf das kommende Jahr schauen, da ihre Freiheit, körperliche Unversehrtheit oder ihr emotionales Wohlergehen durch Repressionen eingeschränkt werden.

Im mittelamerikanischen El Salvador etwa sitzen Frauen aufgrund des Vorwurfs im Gefängnis, Abtreibungen vorgenommen zu haben; sie müssen teils jahrzehntelange Haftstrafen verbüßen. In dem streng katholischen Land sind Abtreibungen unter allen Umständen verboten. Doch nicht nur ungewollt Schwangere, die sich tatsächlich für einen unerlaubten Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, zählen zu den Inhaftierten; auch eine Fehlgeburt wurde bereits vielen Salvadorianerinnen zum Verhängnis, da sie der Abtreibung verdächtigt wurden und trotz mangelnder Beweise des Mordes an ihren ungeborenen Kindern für schuldig befunden wurden.

Aktuellen Schätzungen zufolge leben heute etwa 150 Millionen Menschen als Teile indigener Gesellschaften, die vornehmlich in Afrika, Amerika und Asien beheimatet sind. Entwicklungen sind zu beobachten, die sowohl Lebensweise als auch Lebensräume indigener Menschen bedrohen. Enteignungen von Land, erzwungene Umsiedlungen und Diskriminierungen im medizinischen und juristischen Bereich sind nur wenige Beispiele für Menschenrechtsverletzungen gegenüber Indigenen, die negative Folgen sowohl für deren physisches als auch psychisches Wohlergehen haben.

Doch Menschenrechtsverletzungen sind nicht auf das außereuropäische Ausland beschränkt, sondern finden auch in unserer Mitte statt: In vielen europäischen Ländern ist ein antiislamisches Klima zu beobachten, das sowohl auf legislativer als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht folgenlos bleibt. Viele zum Beispiel in Deutschland, Österreich oder Frankreich lebende Muslime sind im Alltag etwa Diskriminierungen, Beleidigungen, körperlichen Übergriffen und institutionellem Rassismus ausgesetzt und werden dadurch beeinträchtigt.

Die hier benannten Probleme umfassen leider in keiner Weise alle Menschenrechtsverletzungen, denen Menschen allein in diesem Jahr ausgesetzt waren, belegen jedoch die Wichtigkeit, mit denen wir jenen unterstützend zur Seite stehen müssen, die ihr Leben nicht in Würde und Unversehrtheit verbringen können und denen es unmöglich ist, zufrieden auf das Jahr 2017 zurückzublicken und 2018 zuversichtlich zu erwarten.

Ich bedanke mich von Herzen für Ihre Unterstützung unserer Menschenrechtsarbeit und wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute im Neuen Jahr!

[REDACTED]

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)

E-Mail: [info@anklagen.de](mailto:info@anklagen.de)

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: [www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de)

**Beratungstermine für Interessenten:**

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es kann auch per E-Mail ein Termin vereinbart werden:

[hsg@ai-tuebingen.de](mailto:hsg@ai-tuebingen.de)

# Müssen Unternehmen sich ihrer Verantwortung stellen?

Unternehmensverantwortung, ein Thema, das so aktuell ist und doch in Deutschland wenig Aufmerksamkeit bekommt. „Mobiltelefone, Fahrzeuge oder Kleidung - viele Produkte des täglichen Lebens haben einen hohen Preis: Beim Abbau der Rohstoffe und bei der Produktion der Ware kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen“, sagt Verena Haan, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International. „Die menschenrechtliche Verantwortung von deutschen Unternehmen im Ausland muss endlich gesetzlich geregelt werden.“

Im März dieses Jahres wurde das erste Gesetz erlassen, das Unternehmen rechtlich verpflichtet, Menschenrechte und Umwelt bei ihrer Arbeit zu achten.

Verabschiedet wurde es in Frankreich und gilt damit auch nur für Unternehmen, die ihren Sitz in Frankreich haben. Es sind außerdem nur sehr große Unternehmen von der Regelung erfasst. Immerhin zählen dazu in Frankreich rund 120 Firmen, darunter Renault, L'Oréal, Michelin und Danone. Das Gesetz sieht vor, dass die Unternehmen mögliche Risiken für die Menschenrechte und die Umwelt identifizieren und verhindern. Dazu müssen sie einen Sorgfaltspflichtenplan veröffentlichen (plan de vigilance), der nicht nur Risiken für das eigene und Tochter-Unternehmen erfasst, sondern auch für Firmen, mit denen langfristige Geschäftsbeziehungen unterhalten werden. Bußgelder bei Verstoß gegen diese Vorschriften konnten zwar nicht durchgesetzt werden, jedoch können Schäden, die dadurch entstehen, dass die Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht verletzt haben, zu einer Haftung führen. Damit könnten Betroffene z.B. Opfer von Umweltverschmutzungen ihre Schäden, wie Gesundheitsverletzungen, ersetzt bekommen.

## Wie sieht das in Deutschland aus?

Das französische Gesetz ist zurzeit einmalig auf der Welt. In Deutschland ist es bisher nicht ge-

lungen, eine ähnliche Regelung zu etablieren. Die hier ansässigen Unternehmen können sich bezüglich ihrer Achtung der Menschenrechte und der Umwelt rein auf ihr gutes Gewissen berufen und sind zu keiner Rechenschaft verpflichtet.

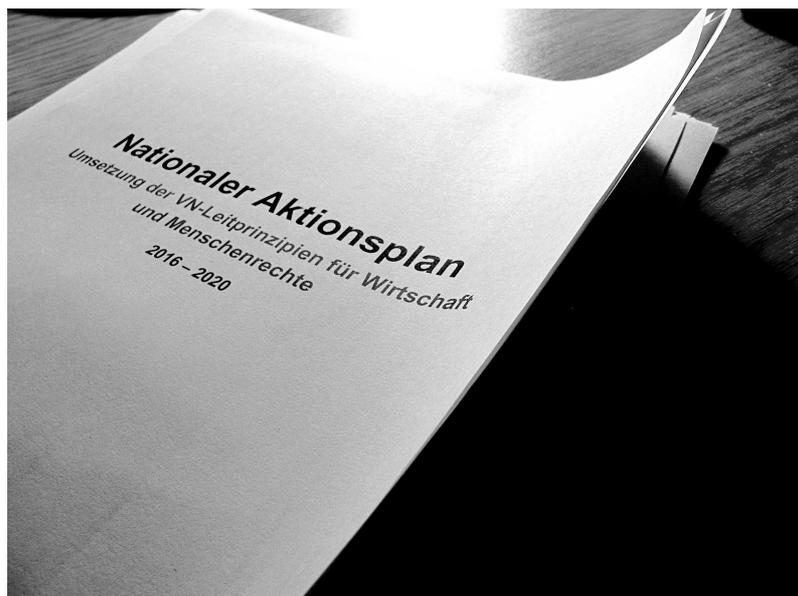
Im Dezember 2016 wurde der „Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte“ verabschiedet.

## Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Die UN-Leitprinzipien legen drei grundlegende Prinzipien fest: Zum einen hat der Staat die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, auch im Verhältnis zu Wirtschaftsunter-

nehmen. Dies soll er durch Regelungen, Politik und gerichtliche Entscheidungen tun. Dazu gehört zum anderen, dass der Staat den Bürgern Zugang zu wirksamer Abhilfe verschafft, wenn die Menschenrechte durch Unternehmen verletzt werden. Das umfasst sowohl gerichtliche als auch außergerichtliche Maßnahmen, zum Beispiel durch die Verwaltung. Als dritter Grundsatz ist die Achtung der Menschenrechte auch durch die Unternehmen verankert. So sollen Unternehmen beispielsweise negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte, die durch ihre Tätigkeit entstehen, entgegenwirken.

Diese Prinzipien sind sehr allgemein gehalten und vor allem rechtlich nicht bindend. Somit sind we-



*Der Nationale Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten verspricht mehr, als er einhält.*

Foto: © Clara Schneiderhan

der Staaten, noch Unternehmen verpflichtet, sich daran zu halten.

### Der deutsche Aktionsplan und die Umsetzung einer EU-Richtlinie

Der deutsche Aktionsplan, der diesen Leitlinien Rechnung tragen sollte, bleibt ebenfalls hinter verpflichtenden Regelungen zurück. Die deutschen Unternehmen werden zwar zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert, es wird dabei aber davon ausgegangen, dass sie dies sowieso tun.

Im besten Fall sollen die Unternehmen Bericht über ihre Arbeit und das damit verbundene Risiko für Menschen und Umwelt erstatten. Diese Angaben sind aber freiwillig.

Auch das „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ vom März 2017 hat nicht zu mehr Transparenz geführt. Dieses Gesetz, eine Umsetzung einer EU-Richtlinie in deutsches Recht, regelt die bereits aus dem Handelsgesetzbuch bestehende Pflicht großer Unternehmen, über ihren Geschäftsverlauf Lageberichte zu veröffentlichen. Laut der neuen Regelung können die Firmen dabei Angaben, die ihrem Ansehen schaden könnten, weglassen und müssen außerdem auch nur über



*Vor allem die Textilbranche steht wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in der Kritik.*

*Foto: © Clara Schneiderhan*

solche Risiken berichten, die sich auf ihren Geschäftsverlauf auswirken. Die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Gesellschaft sind folglich nicht zu beachten. Die Angaben werden schließlich auch nicht überprüft und so werden Bußgelder auch nur für fehlende und nicht für falsche oder verkürzte Informationen verhängt. Das CorA-Netzwerk (für Unternehmensverantwortung) kritisiert, dass Deutschland hier die Chance verpasst hat, die Berichterstattung der Unternehmen enger auszugestalten. Stattdessen wurde die EU-Richtlinie eins zu eins umgesetzt.

### Aussicht in Deutschland

Immerhin verspricht der Nationale Aktionsplan, ab 2018 stichprobenartig die Angaben der Unternehmen zu überprüfen. Sollten bis 2020 weniger als die Hälfte der Unternehmen, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen, ihren im Aktionsplan aufgelisteten Sorgfaltspflichten nachkommen, so will die Bundesregierung „weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen prüfen“. Dies heißt natürlich noch nicht, dass es tatsächlich weitergehende Maßnahmen geben wird, aber immerhin bringt es das Thema der Unternehmensverantwortung erneut auf den Tisch.

Im Hinblick auf dieses Versprechen ist es interessant, sich die Positionierung der (möglichen) künftigen Regierungsparteien anzuschauen. Von der CDU/CSU und der FDP liest man in den Wahlprogrammen nichts zum Thema Unternehmensverantwortung. Von den Grünen kann aufgrund ihres Wahlprogramms ein deutlicher Umschwung erwartet werden. Sie wollen, dass die Menschenrechte auch für Unternehmen zur verbindlichen Pflicht werden und die Opfer zivilrechtliche Entschädigungsansprüche erhalten. Außerdem sehen sie es als selbstverständlich an, dass Deutschland alle menschenrechtlichen Abkommen nicht nur vorbehaltlos ratifiziert, sondern auch tatsächlich um-

setzt. Damit könnten auch die UN-Leitprinzipien wieder an Relevanz gewinnen.

Auch von der SPD und den Linken wird die Stärkung der Unternehmensverantwortung verlangt. Die SPD fordert konkret auch die konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans, indem die Sorgfaltspflichten der Unternehmen für verbindlich erklärt werden. Allerdings werden diese beiden Parteien wohl künftig in der Opposition bleiben und daher nicht Teil der Bundesregierung sein, die 2020 eventuell neu entscheidet. *[Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren die Koalitionsgespräche noch nicht beendet, Anm. der Redaktion.]*

### Welche Regelungen treffen deutsche Unternehmen noch?

Doch nicht nur die nationale Gesetzgebung ist entscheidend für deutsche Unternehmen. Wie bereits an der EU-Richtlinie und den UN-Leitprinzipien erkennbar, spielen internationale Regelungen eine sehr große Rolle, gerade weil es bei der Unternehmensverantwortung um grenzübergreifendes Handeln geht.

Auch in der EU gibt es selbstverständlich einzelne Regelungen. Der Rat der Europäischen Union (auch EU-Ministerrat genannt) hat die „Recommendation of the Committee of Ministers to member states on human rights and business“ herausgebracht. Diese baut auf den UN-Leitprinzipien auf und ist ebenfalls nicht rechtlich bindend.

Außerdem beteiligt sich die EU an der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). Die OECD besteht aus vielen europäischen Staaten, darunter Deutschland, aber beispielsweise auch den USA, Japan, Kanada, Mexiko und Israel. Sie hat vorwiegend die Aufgabe, die Entwicklung der Mitgliedstaaten zu beobachten und zu analysieren und daraus Maßnahmen zu entwickeln. Dabei kann sie sowohl rechtlich bindende Entscheidungen, ähnlich völkerrechtlichen Verträgen, herbeiführen als auch

nur unverbindliche Empfehlungen abgeben. 2011 legte die OECD neue Leitsätze für multinationale Unternehmen fest. Darin werden zum Beispiel alle Unternehmen und Tochterfirmen aufgefordert, die international anerkannten Menschenrechte überall auf der Welt zu respektieren, auch gegenüber Lieferanten und Vertragspartnern. Jedoch liegt es wieder an den Ländern, ob sie Sanktionen für Unternehmen, die sich nicht an diese Maßstäbe halten, einführen oder nicht. Deutschland hat dies bisher nicht getan.

Ebenfalls auf dem Gebiet der Unternehmensverantwortung aktiv ist die International Labour Organisation (ILO) als Sonderorganisation der UN. Ihr Ziel ist es, internationale Arbeits- und Sozialstandards durchzusetzen, um so den Weltfrieden zu sichern. Dazu gehört die „Tripartite Declaration of Principles concerning Multinational Enterprises and Social Policy“ (MNE-Declaration), die im März dieses Jahres bereits in die fünfte Auflage ging. Sie bezieht sich, wie der Name bereits vermuten lässt, nur auf multinationale Unternehmen wie Toyota, Apple oder Daimler. Allerdings erweist sich die Erklärung als unübersichtlich und schwer durchsetzbar.

Wichtig im Zusammenhang mit der nationalen Durchsetzung ist es zu wissen, dass Deutschland nicht alle ILO-Normen ratifiziert hat.

Doch es gibt eine weitere hoffnungsvolle Entwicklung auf Ebene der UN. 2014 wurde auf Vorschlag von Südafrika und Ecuador vom UN-Menschenrechtsrat der Beschluss gefasst, dass eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Entwicklung transnationaler Unternehmen gegründet werden sollte, die einen verbindlichen Vertrag ausarbeitet. Gegen diesen Beschluss gab es erheblichen Widerstand, gerade von europäischen Ländern. Auch Deutschland sprach sich mit fadenscheinigen Argumenten gegen die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe aus. 2015 bildete sich die

„Treaty Alliance“, mit einer Untergruppe in Deutschland, aus verschiedenen NGOs, die sich für einen Vertrag mit rechtsverbindlichen Regelungen für die Einhaltung von Menschenrechten durch Unternehmen einsetzt. Amnesty International ist zwar kein offizielles Mitglied, unterstützt aber das Vorhaben der Treaty Alliance. So sagte Salil Shetty, der internationale Generalsekretär von Amnesty, 2015 in einem Interview mit dem Guardian, dass der Vertrag jeden Staat verpflichten sollte, Gesetze zu verabschieden, die Unternehmen zur Einhaltung ihrer Sorgfalt bezüglich Menschenrechten rechtsverbindlich verpflichten, und Sanktionen und Haftungen einzuführen, wenn die Unternehmen sich nicht an ihre Verpflichtung halten. Die UN-Leitprinzipien sind für ihn nicht ausreichend. „The reality is that governments and businesses alike have failed to make the guiding principles meaningful.“

### **Problem: der Zugang zur Rechtshilfe**

Mittlerweile hat die Arbeitsgruppe ihre dritte Sitzung abgehalten, zuletzt Ende Oktober. Dabei wurde vor allem auch auf das große Problem der fehlenden Rechtshilfe aufmerksam gemacht. Gabriela Quijano von Amnestys Internationalem Sekretariat drückte Sorge darüber aus, dass in den Staaten, in denen die Unternehmen ihren Sitz haben, Gerichtsverfahren über Schäden, die durch sie im Ausland entstanden sind, nicht gerne gesehen werden.

Diese Erfahrung machte auch das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), das von Menschenrechtsanwälten gegründet wurde. Es stellte zum Beispiel 2010 gegen das deutsche Unternehmen Lahmeyer Strafanzeige in Frankfurt. Dieses war maßgeblich am Bau des Merowe Staudamms im Nordsudan beteiligt. Dort mussten tausende Familien fliehen, weil dabei ein bewohntes Gebiet überschwemmt wurde. Die Regierung hatte die Umsiedlung nicht rechtzei-

tig veranlasst. Nach fünf Jahren Ermittlung wurde letztes Jahr das Verfahren eingestellt, wegen mangelnden Vorsatzes der Verantwortlichen.

Im Fall der Ermordung des kolumbianischen Gewerkschafters Luciano Romero durch Paramilitärs steht Nestlé im Verdacht, diesen bewusst ausgeliefert zu haben. In Kolumbien wurden zwar die Paramilitärs verurteilt, ein Verfahren gegen Nestlé konnte aber wegen Drohungen nicht geführt werden. Daher zeigte das ECCHR Nestlé in der Schweiz, dem Sitz der Firma, an. Die Bearbeitung des Falls wurde eingestellt, die Beschwerde dagegen kam schließlich zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), welcher diese aber ebenfalls nicht annahm. Somit endete auch hier das Verfahren im Heimatstaat der Unternehmen erfolglos, zumindest für die Opfer. Diese zwei Verfahren sind sinnbildlich für den Umgang der westlichen Justiz mit Menschenrechtsverletzungen ihrer Unternehmen.

Auch die EU hat im April 2017 in ihrem neuesten „FRA“-Bericht (FRA: European Union Agency for Fundamental Rights) zum Zugang zu rechtlichen Mitteln für Opfer von Unternehmen die Rechtshilfemöglichkeiten kritisch betrachtet. Dabei kam heraus, dass hier durchaus ein hoher Verbesserungsbedarf besteht. So wurde zum Beispiel geraten, EU-Mindeststandards für Rechtshilfe zu schaffen und finanzielle Unterstützung einzurichten. Vielleicht wird es ja hier in naher Zukunft Verbesserungen geben.

Die Arbeitsgruppe der UN, die an einem verbindlichen Vertrag arbeitet, wird 2018 in die nächste Runde gehen. Dabei sollen dann erste konkrete Vertragsentwürfe entstehen. Man ist zuversichtlich, dass das Unternehmen gelingen kann, zumal von europäischer Seite die Notwendigkeit einer verbindlichen Regelung ebenfalls immer mehr gesehen wird.

Bleibt nur zu hoffen, dass sich dann auch Deutschland an der Umsetzung beteiligt.

*Clara Schneiderhan*

## Kampf gegen das politische Machtgefüge

Die Situation der Menschenrechte auf den Philippinen hat sich seit der Wahl von Rodrigo Duterte zum Präsidenten drastisch verschlechtert. Duterte führt einen gnadenlosen Krieg gegen Drogen – doch dahinter verbirgt sich eine Tötungsmaschinerie. Dieser fallen zahlreiche Menschen zum Opfer. Menschenrechtsorganisationen wie das International Peace Observer Network (IPON) engagieren sich auf den Philippinen, um Menschenrechtsverteidiger vor Diskriminierung und unrechtmäßigen Verhaftungen zu schützen. Der folgende Artikel beschäftigt sich mit Dutertes Drogenkrieg und der Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivisten.

Die Einschüchterung beginnt langsam, aber sie ist von Anfang an bedrohlich: Warnende Nachrichten, man werde beobachtet. Es folgt der Ratschlag, nicht aufzufallen, alles andere könne Konsequenzen haben. Konsequenzen, die das eigene Leben gefährden. Zara Alvarez musste diese Erfahrung machen. Sie ist eine von zahlreichen Menschenrechtsaktivisten der Philippinen, die seit Jahren bedroht und diskriminiert werden. Einige haben diese Hetzjagd nicht überlebt.

Die Menschenrechte werden auf den Philippinen zunehmend missachtet. Mehrere politische Entscheidungen, das Aufkommen von Extremisten sowie unkontrollierbare Milizen führen zu einer andauernden Ausnahmesituation, die für den Tod und die Vertreibung zahlreicher Menschen verantwortlich ist. Es ist der philippinische Präsident Rodrigo Duterte, der die Menschenrechte außer Kraft setzt – nämlich durch den von ihm erklärten Krieg gegen den Konsum und Handel von Drogen. 2016 zum Präsidenten gewählt, regiert der 72-Jährige seither mit brutaler Hand. Bereits während des Wahlkampfes hatte der langjährige Bürgermeister der süd-philippinischen Stadt Davao ein hartes Durchgreifen im Kampf gegen die Drogen angekündigt. Dessen Durchsetzung lässt nun Menschenrechtskonventionen, wie zum Beispiel die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, welche auch von den Philippinen unterzeichnet wurden, in einem Meer aus Blut versinken.

### „I don't care about human rights“

Mehr als 10 000 Menschen sind Dutertes Drogenkampf bereits zum Opfer gefallen. Dabei wurden rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft gesetzt. Kleinkriminelle oder Verdächtige werden ohne gerichtlichen Prozess hingerichtet. Die Gewalt richtet sich vor allem gegen die arme Bevölkerung des Landes. Einige Menschen werden auf offener Straße erschossen, so dass Bewohner im Morgengrauen leblose Körper auf dem Asphalt finden. Lange wurde die Gewalt durch die Polizei und das Militär ausgeübt, doch Duterte stachelte auch seine Anhänger an, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen und jeden Drogenverdächtigen zu töten. Das Land ist zu einer Hochburg der Selbstjustiz geworden, in der Milizen bewaffnet durch die Straßen ziehen. „I don't care about human rights, you better believe me“, sagte Duterte und verheimlicht folglich nicht, wie wenig er Menschenrechte achtet. Die Konsequenz ist, dass zahlreiche Menschen, darunter vor allem junge Männer, die unter Verdacht stehen, Methamphetamine zu verkaufen oder selbst zu konsumieren, getötet werden. Die Täter selbst haben nichts zu befürchten, denn sie werden für ihre Taten nicht zur Rechenschaft gezogen.

Ins Visier des Präsidenten sind auch Journalisten und Menschenrechtsaktivisten geraten. Laut Reporter ohne Grenzen wird die Lage von Journalisten auf den Philippinen als „schwierig“ eingestuft. In der 2017 erstellten Rangliste der

Pressefreiheit nimmt das Land Platz 127 von insgesamt 180 Plätzen ein. Auch Menschenrechtsaktivisten sehen sich massiver Diskriminierung und Bedrohung ausgesetzt. Eine von ihnen ist Zara Alvarez. Sie ist ausgebildete Lehrerin und begann früh, sich als politische Aktivistin zu engagieren. Sie arbeitete für verschiedene Nichtregierungsorganisationen auf Negros, einer Insel der Philippinen. Von 2004 bis 2012 erhielt sie immer wieder anonyme Nachrichten, dass sie beobachtet werde. Sie warf der philippinischen Armee und Polizei unterschiedliche Delikte vor, was unter anderem dazu führte, dass sie in der Öffentlichkeit als Terroristin und Kommunistin bezeichnet wurde. Vergebens versuchte sie Straftaten verschiedener Offiziere und Polizisten anzuzeigen. Ihre Klagen wurden abgewiesen. 2012 wurde sie selbst des Mordes bezichtigt und musste dafür ins Gefängnis. 2014 kam sie gegen Kautionsfrei, jedoch ist ihre Sicherheit weiterhin gefährdet, denn immer wieder ist sie mit Anklagen konfrontiert, die sie zurück ins Gefängnis führen könnten.

### Andauernde Unsicherheit und Angst

Ein weiteres Beispiel der Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivisten ist der Fall von Temogen „Cocoy“ Tulawie, der sich in der südlichen Provinz Sulu für Menschenrechte, die Demokratisierung der Lokalpolitik, die Transparenz der Regierung sowie speziell für die Rechte von Bürgern einsetzt. Er

gründete unter anderem die Menschenrechtsorganisation Bawbug. Aufgrund seines Engagements wurde er 2009 fälschlicherweise als Drahtzieher eines Bombenanschlags auf den Gouverneur von Sulu beschuldigt. Obwohl es keine Beweise für eine Beteiligung an diesem Anschlag gab, verbrachte Tulawie dreieinhalb Jahre im Gefängnis. Hier zeigt sich, wie Menschenrechtsaktivisten durch falsche Behauptungen und haltlose Anklagen gezwungen werden sollen, ihren Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte aufzugeben.



*Mehr als 10 000 Menschen sind Duterte's Drogenkampf bereits zum Opfer gefallen.*

*Bild entnommen aus dem Amnesty-Bericht: „If you are poor, you are killed“ – Extrajudicial executions in the Philippines „War on drugs“, 2017.*

Im Jahr 2017 schrieb Tulawie eine Petition zur Absetzung der Staatsanwältin Annie Marie Pierreangeli P. Ledesma. Diese reagierte mit einer Klage gegen den Aktivist und beschuldigte ihn, an der Entführung des deutschen Journalisten Andreas Lorenz im Jahr 2000 beteiligt gewesen zu sein. Zeugen, die gegen Tulawie aussagten, stehen in enger Verbindung zum Gouverneur von Sulu. Seit Mai 2017 liegt ein Haftbefehl gegen Tulawie vor. Ihm nahestehende Personen berichten, dass er in ständiger Unsicherheit und Angst lebe.

Das Schicksal der Menschen auf den Philippinen hat international Aufmerksamkeit erregt. Internationale Menschenrechtsorganisationen beobachten die Lage im Land. Eine dieser Organisationen ist das International Peace Observer Network (IPON), das 2006 gegründet wurde und seine Aufmerksamkeit auf die philippinischen Regionen Mindanao und Negros konzentriert. Durch ihre Arbeit wollen die Mitglieder von IPON die Verteidiger der Menschenrechte beschützen und die Durchsetzung fundamentaler Rechte fördern. Dafür sendet die junge Organisation Menschenrechtsbeobachter ins Krisengebiet. IPON pocht

darauf, dass ein Staat, der die Menschenrechtskonventionen unterzeichnet hat, diese auch umsetzen und fördern muss. Ist dies nicht der Fall, dokumentieren und veröffentlichen die IPON-Beobachter die Menschenrechtsverletzungen. So stellen sie sicher, dass eine breite Masse an Menschen davon erfährt. Auf den Philippinen ist eine solche Arbeit wichtiger denn je.

Dominik Hammann ist Projekt- und Landeskoordinator bei IPON und leitet das Büro in der Hauptstadt Manila. Er betreibt vor allem Anwaltschaft für Menschenrechte mit besonderem Schwerpunkt auf philippinischen Menschenrechtsverteidigern, zudem ist er Ansprechpartner für NGOs sowie für philippinische und internationale Akteure. 2011 reiste er zum ersten Mal als Menschenrechtsbeobachter auf die Philippinen. Im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Bauernorganisationen, die für das Recht auf Land und Nahrung eintraten, sah er sich bereits mit Schikanen, Gewalt und Formen von administrativen und physischen Repressionen gegen die Bewohner konfrontiert. „Dabei habe ich festgestellt, dass der Kampf für Menschenrechte sozio-politisch veran-

kert ist und nicht im luftleeren Raum stattfindet“, berichtet Dominik Hammann. Seit 2015 lebt und arbeitet er auf den Philippinen. Gab es schon vor den Wahlen 2016 Ungerechtigkeiten und Verstöße gegen die Menschenrechte, hat Präsident Duterte die Lage nochmals verschärft: „Mit schockierender Geschwindigkeit hat sich die Menschenrechtssituation seitdem verschlechtert und sich das Land in eine de-facto-Diktatur gewandelt“, so Hammann. Zwei neue Gesetze wurden ins Parlament eingebracht: Die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Herabsetzung der Strafmündigkeit von Jugendlichen von 15 auf 9 Jahren.

### **Anti-Menschenrechtsdiskurs der Regierung**

Die Organisation IPON konzentriert ihre Arbeit auf die zunehmende Kriminalisierung von Aktivisten, da sich in den vergangenen Jahren die Anzahl konstruierter Anklagen drastisch erhöht hat: „Durch die neuen Entwicklungen unter Duterte hat sich jedoch auch in unserer Arbeit der Schwerpunkt verschoben. Durch den Anti-Menschenrechtsdiskurs der Regierung besteht ein akutes Schutzbedürfnis seitens unserer Partner und Menschenrechtsaktivisten, sei es, wenn es um digitale Sicherheit gegen Cyber-Attacken geht oder physische Sicherheit der Person. Die derzeitige Kultur der Gewalt birgt die immense Gefahr, dass die Regierung auch gezielt gegen Menschenrechtsaktivisten vorgehen wird. Duterte selbst hat dies bereits öffentlich angedroht“, resümiert Hammann. „Der Kampf um Menschenrechte auf den Philippinen ist ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und rüttelt fundamental am politischen Machtgefüge.“ Duterte könnte folglich umso entschlossener versuchen zu verhindern, dass seine Macht ins Wanken gerät.

*Janina Hirsch*

## Fortschritt tötet

In vielen Teilen der Welt hält der Fortschritt Einzug oder ist bereits seit Jahren fester Bestandteil des Landes und der Kultur. Im Zuge dieses „Fortschrittes“ leiden viele indigene Stämme unter dem Image des „zurückgebliebenen Wilden“, den es zu assimilieren gilt. Viele werden zwangsumgesiedelt und bekommen eine Lebensweise aufgezwungen, die weder passend noch gesund für sie ist. Weltweit lässt sich bei indigenen Völkern ein schlechter Gesundheitszustand, sowohl physisch als auch psychisch, feststellen. Es gibt noch 150 Millionen von ihnen, auch wenn die Zahlen weiter sinken. Dennoch sind sie ein nicht unbeachtlicher Teil der Weltbevölkerung, dem dieselben Rechte zukommen sollten, wie jedem anderen Menschen auch. Außerdem sollte auf die Bedürfnisse der Indigenen eingegangen werden, um sie nicht weiter zu dezimieren – wie es mancherorts bereits bis hin zum kompletten Aussterben geschehen ist.

Ein wichtiges Bedürfnis indigener Völker ist die Möglichkeit, auf ihrem heimischen Land bleiben zu dürfen, es zu nutzen und mit wenigen bis gar keinen Fremden, vor allem Wilderern und „Rohstoffjägern“, teilen zu müssen. Völker, die auf ihrem Land bleiben konnten, sind allgemein gesünder und glücklicher als die Umgesiedelten, teilweise sogar glücklicher als der Durchschnittsbürger industriell entwickelter Länder. Dies geht sogar so weit, dass der Stamm der Massai aus Ostafrika eine ähnlich hohe Zufriedenheitsrate hatte, wie die 400 reichsten Amerikaner aus der Forbes-Liste.

Wenn andererseits ein Volk umgesiedelt wird, ist eine dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustands und der Zufriedenheit zu beobachten.

Das Land wird den indigenen Bewohnern oft durch Zwang genommen; sie werden umgesiedelt, ohne gefragt oder informiert zu werden. Das Recht auf ihr Land wird meist nicht anerkannt. Sie werden im Namen des Fortschritts vertrieben, um beispielsweise Minen, Plantagen, Staudämme oder gar Nationalparks zu errichten. Da sie Minderheiten und wenig bis gar nicht in Regierungen vertreten sind, kümmert sich auch kaum jemand um

ihre Rechte. Außerdem schieben Regierungen oft das Argument des „Fortschritts“ oder „Naturschutzes“ vor, was sich ohne den Hintergrund der Indigenen zunächst positiv liest.

Beim ersten Kontakt indigener Völker mit Außenstehenden kommen die Indigenen mit neuen Krankheitserregern in Verbindung. Menschen aus industriell-entwickelten Regionen sind meist dagegen geimpft oder von Geburt an dagegen immun. Indigene Menschen hingegen sind nur gegen die Krankheiten

**„We are not poor or primitive. We Yanomami are very rich. Rich in our culture, our language and our land. We don't need money or possessions. What we need is respect: respect for our culture and respect for our land rights.“**

*Davi Kopenawa Yanomami, Brasilien 1995*

immun oder geschützt, mit denen ihr Immunsystem zu tun hatte. Daher stecken sie sich beim ersten Kontakt oft an, z.B. mit Pocken, Masern, Röteln, Malaria, Grippe, Polio und Tuberkulose, außerdem mit sexuell übertragbaren Krankheiten wie Aids, von denen sie nichts wissen.

So wurde beispielsweise die Zahl der Aborigines, die Ureinwohner Australiens, von Beginn der Kolonialisierung bis zum Jahr 1930 von 750.000 auf nur 70.000 reduziert, also um etwa 90%. Dies ist vor allem auf Epidemien zurückzuführen, außerdem auf den Schock der plötzlichen Invasion und einen Rückgang der Fruchtbarkeit. Einen erheblichen Anteil hatten aber auch Sklaverei und Gewalt, außerdem gab es Selbstmorde, da einige den Willen zu leben verloren hatten.

Ähnlich erging es auch einer Yanomami-Gemeinschaft in Roraima in Brasilien, welche durch Masern komplett ver-



*Die Traditionen zu erhalten ist wichtig, da sie einen Teil der Identität indigener Völker ausmachen.*

*Foto: Sergei Ivanovich Borisov, <http://www.sibberitage.nsc>*

## Penan, Malaysia

Auf dem Land der Penan wurden große Teile des Regenwaldes gefällt, der ihr Zuhause war. Außerdem wurde das Trinkwasser durch die Holzfäller verschmutzt, z.B. durch Öl, Schwemmstoffe und Müll. Vor diesem Eingriff in ihr Leben war es für die Penan leicht, Nahrung in ihrem Regenwald zu finden. Seither verschlechterte sich die Lage, viele waren hungrig und bekamen Bauch- und Kopfschmerzen von den Giftstoffen im Wasser und in der Nahrung. Außerdem zeigten sich Hautkrankheiten und allergische Reaktionen.

Frauen berichteten, dass sie ihre Kinder nicht mehr stillen konnten, da sie wegen der knappen Nahrung nicht genug Milch hatten. Viele der bisher benutzten Pflanzen waren kaum noch zu finden, da sie abgeholzt oder anderweitig vernichtet worden waren.

## Sengwer, Kenia

Die Sengwer wurden seit den 1980ern kontinuierlich aus ihrem Wald vertrieben, was im Januar 2014 seinen Höhepunkt in massenhaften Zwangsräumungen fand, um die letzten Bewohner aus dem Wald zu vertreiben. Dabei wurden etwa 800 Häuser von den kenianischen Behörden zerstört.

Diese berufen sich auf den Umweltschutz. Die Regierung behauptet, der Wald sei stark beschädigt, weshalb menschliche Besiedlung sofort eingestellt werden müsse. Sie behauptet außerdem, diesen Prozess mit den Sengwer abgesprochen zu haben. All dies verstößt gegen eine vom Hohen Gericht ausgesprochene einstweilige Verfügung, die ein Pausieren des Prozesses vorsieht, bis die Rechte der Sengwer eindeutig geklärt sind.

Wer für die Zerstörung des Waldes verantwortlich ist, kann nicht

eindeutig festgestellt werden. Dennoch ist es wahrscheinlicher, dass solche Schäden von nicht-indigenen Gruppen verursacht werden. Die Sengwer haben bisher gut für ihre Umwelt gesorgt, zum Beispiel durch ihre Bienenvölker, die die Ausbreitung vieler indigener Pflanzensorten fördern.

Die Vertriebenen leben nun in großer Armut. Sie erhielten keine Entschädigung für die Vertreibung, zu der außerdem nur die männlichen Familienoberhäupter berechtigt wären. Zehn bis fünfzehn Personen teilen sich nun einen Raum als Wohnung, da sie sich mehr nicht leisten können. Es wurde außerdem von sexuellen Übergriffen berichtet. Die Schulleiter berichten zudem, dass die Leistungen der Kinder in der Schule deutlich abnahmen, was auf die Probleme zu Hause zurückzuführen ist.

Diejenigen die bleiben, weil sie vom traurigen Schicksal der anderen gehört haben, leben nun in improvisierten Unterständen, denn ihre Häuser wurden zerstört und würden wieder zerstört werden, wenn sie diese neu aufbauen würden. Sie selbst befinden sich außerdem in Gefahr, festgenommen zu werden. Sowohl die Festnahmen als auch die Zerstörung der Unterkünfte verstoßen gegen die Verfügung des Gerichts.

Der Wald ist ein geschlossenes Gebiet, das unter dem „Schutz der Regierung“ steht. Journalisten haben hier keinen Zutritt. Amnesty International wurde der Zugang nur unter Aufsicht der Wächter gestattet, welche für die Zerstörung der Häuser verantwortlich sind. Der Sengwer Menschenrechtsverteidiger Elias Kimaiyo wurde im April angeschossen und geschlagen, sein Laptop und seine Kamera wurden beschlagnahmt, nachdem er die Wächter beim Niederbrennen der Hütten gefilmt hatte.

## Jarawa, Indien

Die Bevölkerung der Andamanen-Inseln lebt zum Teil seit 55 000 Jahren dort. Heute sind nur noch 400 von ihnen übrig. Sie können in ihren Wäldern jagen und leben gut, da Umsiedlungspläne und erzwungenes Sesshaftwerden verhindert werden konnten.

Allerdings stören Touristen den Frieden der Jarawa, denn durch ihr Gebiet führt eine Straße. Touristen fahren dort wie durch einen Safari-park, um sich die „Wilden“ anzuschauen. Wilderer und Siedler stehlen Wild, welches die Jarawa zum Überleben brauchen. Außerdem wurden Jarawa-Frauen von Wilderern und Busfahrern gejagt und sexuell missbraucht.

2002 wurde die Schließung der Straße durch den Obersten Gerichtshof Indiens angeordnet, allerdings ist diese weiterhin geöffnet. Es sollte außerdem bis 2015 eine alternative Seeroute eröffnet werden, damit die Touristen keinen Grund mehr vorgeben können, diese Straße zu benutzen. Diese Route liegt im Zeitplan sehr weit zurück, weshalb immer noch die Straße benutzt wird. Außerdem sollten Wilderer vor Gericht verurteilt werden, was bisher nicht geschah.

## Kontakt-Mission in Brasilien

In den 1970ern kontaktierte die brasilianische Regierung viele Stämme und lockte sie mit Geschenken an, um friedlich Kontakt herzustellen. Sie bedachte allerdings nicht die gesundheitlichen Folgen, weshalb bei den Suruí von 363 Menschen innerhalb von drei Jahren 193 starben. Bei den Parakanã war es zunächst ein Drittel, woraufhin die Regierung sie in Reservate brachte, was den Rückgang der Bevölkerung noch verstärkte.



*Aus der Ferne zu fotografieren schadet nicht, erzwungener Kontakt mit einer ganz neuen Welt allerdings schon.*

*Foto: Gleilson Miranda / Governo do Acre / www.flickr.com*

nichtet wurde. Andere Dörfer in dieser Gegend erfuhren einen Bevölkerungsrückgang um bis zu 70% durch Krankheiten, die von Straßenbauarbeitern eingeschleppt worden waren.

Die Invasion der Europäer auf dem amerikanischen Kontinent endete ebenfalls für 90% der indigenen Bevölkerung tödlich.

Epidemien treffen Gemeinschaften schwer: Mehr Leute werden bettlägrig, sie können kein Wasser und keine Nahrung mehr beschaffen. Es gibt Fehlgeburten und Todesfälle. Je mehr Mitglieder ausfallen, umso weniger Menschen können noch versorgt werden. Hinzu kommt, dass die indigene Medizin nicht für diese neuen Krankheiten ausgelegt ist. Wenn das Land auch noch gleichzeitig ausgebeutet wird, werden die Bewohner um ihre Ressourcen gebracht – Nahrung und Medizin sind dann kaum noch zu finden. Noch schlechter geht es den umgesiedelten Gemeinschaften, die nicht auf ihr Land zurück dürfen, um dort das Lebensnotwendige zu beschaffen.

Der Verlust ihres Landes führt auch zum Verlust ausgewogener Nahrungsquellen (bis zu 500 ver-

schiedene Pflanzen bilden die Nahrungsgrundlage indigener Gemeinschaften). In den Siedlungen, in denen sie untergebracht werden, sind die hygienischen Zustände oft schlecht, sie befinden sich häufig in Slums oder am äußersten Rand von Städten. Funktionierende Wasserversorgung, Abwasser, Kochstellen und die Möglichkeit zur Hygiene sind vielerorts nur eingeschränkt gegeben. Zudem leben dort viele Menschen auf engem Raum, was die Ausbreitung von Krankheiten noch begünstigt. Auch die Nähe zu domestizierten Tieren begünstigt Krankheiten, wie z.B. durch Parasiten. Hautprobleme von verschmutzter Kleidung, Durchfallerkrankungen von unsauberem Wasser und schlechter Ernährung bis hin zu Grippe- und Cholera-Epidemien sind die Folgen.

Bis zur Umsiedlung ernähren sich indigene Gemeinschaften sehr eiweißreich, salz- und zuckerarm und mit vielen verschiedenen Pflanzen. Diese Ernährung deckt alle Vitamine gut ab und enthält zudem wenig Kohlenhydrate. Rationen von der Regierung oder billig gekaufte Nahrungsmittel sind dagegen weniger reich an Vitaminen (diese beschrän-

ken sich oft auf etwas Dosenobst) und bestehen zum Großteil aus günstigen, kohlehydratreichen Lebensmitteln wie Reis oder Mehl. Dies führt zu Karies, Mangelernährungen und höherer Sterblichkeit, vor allem unter Kindern. Auch Infektionen wie Mittelohrentzündungen sind zum Teil unter den Kindern weit verbreitet, sodass beispielsweise nur 7% der Aborigine-Kinder ein normales Hörvermögen entwickeln.

Das Sesshaftwerden führt auch zu einem dramatischen Anstieg von Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht, Diabetes, Krebs und Herzerkrankungen. Dies ist vor allem auf die Umstellung von fast ganztägiger Bewegung auf vorwiegend sitzende Tätigkeiten zurückzuführen. Auch die Ernährungsumstellung spielt eine Rolle. Außerdem nimmt der Stress zu, da man sich irgendwie „über Wasser“ halten muss.

Indigene Gemeinschaften profitieren zudem kaum vom Fortschritt der Medizin, da sie meist zu teuer für sie ist. Sobald indigene Gemeinschaften sesshaft gemacht werden, gehören sie zu den Ärmsten der Armen. Davor hatten sie zwar auch kein Geld, waren jedoch reich an Nahrung und Medizin, hatten ein gutes Auskommen und konnten viele Krankheiten heilen.

Einmal umgesiedelt können sie sich kaum Medizin leisten. Außerdem werden sie in Krankenhäusern oft diskriminiert oder fühlen sich unwohl, weil sie die Sprache nicht verstehen und nicht nachfragen können, was passiert. Zudem setzt Heilung für sie auch die Hilfe der Gemeinschaft voraus, was in der Isolation des Krankenhauses ebenfalls fehlt. Die Papuan aus Neuguinea hatten in Krankenhäusern so viele Probleme, dass sie sie als „Hölle“ und „Ort des letzten Atemzugs“ beschrieben.

Ein weiteres Problem ist die Abhängigkeit von Alkohol, Tabak und anderen Drogen, deren Missbrauch durch die widrigen Lebensumstände begünstigt wird. Dadurch entstehen auch neue Krankheiten. Allein unter

den Inuit in Alaska stieg die Lungenkrebsrate zwischen 1950 und 1980 um 550% an.

Die Überlebensrate bei Krebs von indigenen Menschen ist außerdem deutlich niedriger als die von Nicht-Indigenen. In Mexiko überleben nur 46% der indigenen Frauen länger als fünf Jahre nach einer Brustkrebsdiagnose. Aus der weißen Bevölkerung sind es immerhin 76% der Frauen.

Die Abhängigkeit von Substanzen wie Alkohol wird vor allem durch psychische Probleme hervorgerufen. Diese sorgen auch für einen drastischen Anstieg der Selbstmordrate in allen Altersgruppen. Ältere Menschen fühlen sich nutzlos, da sie zuvor für die Jüngeren Lehrer waren und der Gesellschaft trotz abnehmender Kräfte immer noch gute Dienste leisten konnten. In den Siedlungen können sie kaum noch Beiträge leisten, außerdem nehmen ihre Kinder und Enkel viele Strapazen auf sich, um sie zu ernähren. Sie fühlen sich nutzlos und als Bürde, Selbstmord ist der einzige Ausweg. Drogen mindern zumindest das schlechte Gefühl.

Aber auch junge Menschen bleiben von den psychischen Folgen nicht verschont. Sie wachsen in einer Gemeinschaft auf, die ihre Wurzeln und den Sinn ihres Lebens verloren hat und nur noch ums Überleben kämpft. Sie erleben Gewalt und Tod und haben nichts, was sie in ihrer Identität bestätigt. Sie sind abhängig von Regierungen und sammeln zum Teil Essen von Müllhalden. Viele werden depressiv, gewalttätig oder nehmen sich das Leben. Die Suizidraten indigener Menschen sind deutlich höher und liegen zwischen 180 bis 396 auf 100.000 Personen bezogen, im Vergleich zu weniger als 50 unter den nicht-indigenen Menschen.

Aus all diesen Gründen wäre es sinnvoll, indigenen Menschen ihr Land zu lassen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, unabhängig zu bleiben. Wilderer, Holzfäller und

sogar Naturschutzprojekte vom Wald fernzuhalten, würde außerdem dafür sorgen, dass genug Nahrung vorhanden ist und auch gejagt und gesammelt werden darf. Zudem verschmutzen die Indigenen nicht die Gewässer und Umwelt mit Chemikalien.

Was den Umweltschutz angeht, braucht es dafür keine Nationalparks, solange sich ein indigenes Volk um die Natur in diesem Gebiet kümmert. Indigene leben deutlich mehr im Einklang mit der Natur und nehmen nur in Zeiten von Dürren und Hungersnöten mehr aus der Natur, als diese gut regenerieren kann. In der Präambel der UN-Erklärung der Rechte indigener Völker steht: „... Respekt für indigenes Wissen, Kultur und traditionelle Methoden tragen zu einer nachhaltigen und vernünftigen Entwicklung und einer geeigneten Verwaltung der Umwelt bei...“ (Übersetzung durch die Autorin). Indigene Gemeinschaften sollten nicht im Namen des Naturschutzes von ihrem Land vertrieben werden, vielmehr sollten Regierungen bei diesem Thema mit indigenen Gruppen kooperieren.

Gegen die eingeschleppten Krankheiten hat es sich bewährt, die



*Seit dem Eingriff in ihr Leben verschlechtert sich die Situation der Penan. Viele leiden Hunger.*

*Quelle: Cayce, www.flickr.com*

Zusammenarbeit „westlicher“ Mediziner mit den Schamanen und jungen Leuten des Stammes zu fördern. So werden Mitglieder der Gemeinschaft medizinisch ausgebildet. Ein Krankenhausaufenthalt kann auf diese Weise oft vermieden werden. Krankenhäuser könnten außerdem ein freundlicheres Klima schaffen, indem sie ihr Personal entsprechend schulen, auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen und Information in deren Sprache anbieten, sollte ein Krankenhausaufenthalt doch notwendig sein.

Auch sonst kann Bildung Seite an Seite mit den Traditionen und dem lokalen Wissen gelehrt werden, sodass sowohl die Bindung zum Wald und das Wissen zum Überleben als auch Alphabetisierung und Schulbildung vermittelt werden.

Generell sollten bei allen Projekten die Bedürfnisse der Personen berücksichtigt werden, denen das Projekt helfen soll. Hierfür reicht es nicht aus, den eigenen Vorurteilen entsprechend Pläne zu entwerfen. Man sollte sich stattdessen mit den Menschen beraten, für die das Projekt sein soll, sich ihre Bedürfnisse, Wünsche und Bedenken anhören. Im Dialog ließen sich viele Missverständnisse und Vorurteile vermeiden, die zu den bisherigen Problemen geführt haben.

Außerdem sollten wir unseren Konsum deutlich überdenken und einschränken. Je weniger Rohstoffe benötigt werden, umso wahrscheinlicher wird es, dass die Gebiete indigener Menschen nicht für die Rohstoffbeschaffung benötigt werden. Unternehmen hätten infolgedessen auch weniger Grund, diese Gebiete aufzukaufen.

Zudem wäre es sinnvoll, wenn Regierungen Gesetze zum Schutz solcher Gebiete erlassen würden, die derartige Eingriffe verhindern oder zumindest verbieten.

*Sabrina Bucher*

*Mebr Informationen zum Thema auf <https://www.survivalinternational.de>*

# Rio Doce – eine ökologische Katastrophe und ihre weitläufigen Folgen

## Vorgeschichte

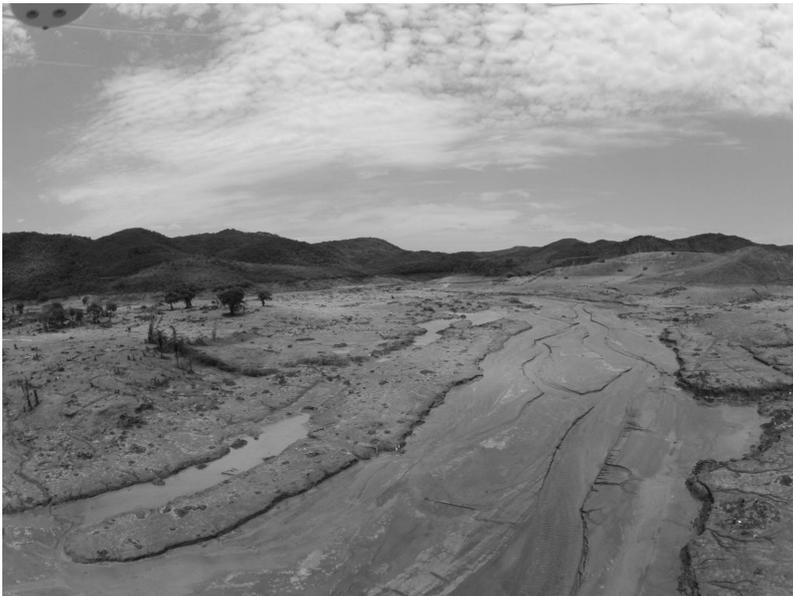
Im November des Jahres 2015 brachen in Brasilien zwei Dämme eines Rückhaltebeckens einer Mine des Betreibers Samarco in der Nähe des Dorfes Bento Rodrigues im Bundesstaat Minas Gerais. Auslöser war anscheinend ein Erdbeben. Die Folge? Eine riesige mit Schwermetallen belastete Lawine – welche ca. einem Volumen von 20.000 olympischen Schwimmbecken entsprach – überrollte die gesamte Flusslänge und mündete letztlich im Atlantik. Dabei starben 19 Menschen, Häuser wurden zerstört und der Rio Doce, was so viel wie „süßer Fluss“ bedeutet, verwandelte sich daraufhin in ein totes, wegen des hohen Eisengehalts rotbraunes Gewässer mit absterbender Flora und Fauna.

welche hauptsächlich aus Wasser und Kieselerde bestehe. Forscher der Universität Rio de Janeiro konnten allerdings Reste von Quecksilber, Eisen, Blei, Arsen und Nickel nachweisen.

## Die letzten Messungen

Die letzten Messungen fanden im Dezember 2016 sowohl am Fuße des Flusses als auch am Strand Ragência statt. Die Ergebnisse wurden nun veröffentlicht. Die Analysen an der Flussmündung des Rio Doce weisen höhere Metallwerte im Wasser auf, weshalb das Fischen in der Region weiterhin verboten bleibt. Zwar sind die Analysen noch nicht komplett abgeschlossen, dennoch können die Fischer bereits einige Schlüsse ziehen. Einer davon

der an der Küste ankam. Einige Tage nachdem der Schlamm angespült wurde, entdeckten die Fischer im Meerwasser einen 20-fach überhöhten Eisenwert und zehnmal mehr Aluminium als normal. Zunächst setzte sich der Schlamm am Meeresgrund ab, worauf sich die Wasserqualität verbesserte. Allerdings war zu jener Zeit schon zu erwarten, dass zur gewöhnlich am Ende des Jahres erfolgenden Hauptregenzeit der Schlamm, der noch an den Ufern und am Grund festsaß, mitgerissen und zum Strand von Ragência gespült wird. Allerdings rechnete niemand mit einer so enorm erhöhten Menge an Metallwerten. Die Studien belegen somit, dass der Anstieg der Metallwerte nur auf den durch den Dambruch verseuchten Schlamm zurückgeführt werden kann. Der Schlamm formt dabei eine Art Gel am Meeresgrund, welches sich je nach Strömung verschiebt. Laut Geologe Alex Bastos ist es sehr schwierig, das Meer zu reinigen. Es wäre sinnvoller, sich zunächst am verseuchten Fluss zu versuchen, um somit zu vermeiden, dass das Material überhaupt erst im Meer ankommt.



*Der Dambruch eines Mine-Rückhaltebeckens verwandelte den Rio Doce in ein totes, wegen des hohen Eisengehalts rotbraunes Gewässer mit absterbender Flora und Fauna.*

*Foto: © Alexandre Moreno / TerraSense / Greenpeace*

Die Behörden hielten sich zu dem Vorfall lange bedeckt. Eine Veröffentlichung genauer Zahlen unterblieb für lange Zeit. Anfangs wurde sogar behauptet, es handle sich um eine ungefährliche Schlammlawine,

ist, dass der verseuchte Schlamm immer noch Auswirkungen auf die Charakteristiken des Wassers hat. Die letzten Proben zeigen stark erhöhte Metallwerte – fast in denselben Proportionen wie der Schlamm,

## Schwerwiegende Folgen für das indigene Volk der Krenak

Schwer von diesem Unglück betroffen ist das Volk der Krenak, eine Gemeinschaft, die schon seit Jahrhunderten unter ihrer Verfolgung leidet. Sie leben am Fluss des Rio Doce, der die Grundlage für ihre Kultur bildet. An jenem Fluss finden nicht nur ihre Rituale statt, auch dient er als Lebensgrundlage, indem das Volk dort fischt und jagt. Somit wurde ihnen ein Grundpfeiler ihrer Identität geraubt, was auch die gerichtlich beschlossenen Entschädigungszahlungen nicht wettmachen können. Das australisch-brasilianische Unternehmen Samarco wurde

2016 verurteilt, über zehn Jahre umgerechnet 4,6 Milliarden Euro Schadensersatz zu bezahlen. Die Familien der Krenak erhalten nach eigenen Angaben ca. 2.000 Euro im Monat, was sie allerdings nicht davor bewahrt hat, in Alkoholismus und Depressionen zu verfallen, und das ohne Aussicht auf Besserung. Im Juli 2017 wurde nämlich der Prozess aufgrund eines Verfahrensfehlers gestoppt.

Die Verfolgungsgeschichte der Krenak beginnt früh. König Johann VI. bezeichnete sie während der portugiesischen Kolonialherrschaft als Kannibalen und erklärte daraufhin im Jahre 1808 die Vernichtung der Krenak. Die überlebenden Nachfahren wurden mehr als 150 Jahre später unter der Militärdiktatur in Arbeitslager gebracht oder zwangsumgesiedelt. Nach einem langen Rechtsstreit erhielt das Volk 1997 schließlich 4.000 Hektar Land zwischen den Dörfern Resplendor und Consilhero Pena zurück, wo die Gemeinschaft von ca. 500 Menschen bis heute lebt.

Ein weiteres Gebiet ihrer Vorfahren, um das sie seit 2015 kämpfen, befindet sich am anderen Ufer des Flusses. Allerdings steht noch immer nicht fest, wann der Rio Doce wieder nutzbar sein wird. Nach der Umweltkatastrophe wurde das Angeln am Fluss verboten, es wurden Zäune installiert, die das Volk vom Fluss fernhalten sollen. Ein noch größeres Problem stellt sich für diejenigen, die in direktem Kontakt mit dem Wasser stehen. Einer dieser Menschen ist der 66-jährige Jose Krenak. Er benutzt täglich sein Boot, um Passagiere über den Fluss zu bringen. Für ihn ist es daher unmöglich, den Kontakt mit dem Wasser zu vermeiden, was schon zu mehreren Folgeerkrankungen führte.

Zwar hat Samarco bereits 100 Wasserquellen und Vergabestellen für Viehfutter installiert, auch fand eine medizinische Versorgung für die von der Katastrophe Betroffenen statt. Dennoch sind die Maßnahmen für die Krenak unzurei-



*Die Vergiftung des Flusses nimmt dem Volk der Krenak die Lebensgrundlage.*

© Nicoló Lanfranchi, Amnesty International

chend. Die Staatsanwälte, die sich für die Verteidigung der Stämme einsetzen, fordern mehr Ausgleich für die Umweltschäden und die moralischen Schäden, welche dem Volk zugefügt wurden.

### **Die Gefahr war nicht neu**

Für viele Experten war der Dammbbruch nichts Unvorhersehbares. Bereits in Dokumenten aus dem Jahr 2013 wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass das mittlerweile von der Schlammlawine überrollte Dorf Bento Rodrigues sich in extremer Gefahr befinde und für die Anwohner keine Sicherheitsvorkehrungen getroffen würden. Außerdem wurden die Minen nur unzureichend kontrolliert. Gerade bei den Sicherheitsüberprüfungen und Umweltauflagen machen viele Bundesstaaten Zugeständnisse. So sind im Fall Samarco die Prüfberichte von den Mitarbeitern der Mine selbst verfasst worden und eben nicht von unabhängigen Experten, wodurch sie laut Jurist Maurício Guetta wertlos seien. Aus diesen Gründen for-

dern internationale Experten sowie UN-Sonderberichterstatter Knox schon seit langer Zeit ein einheitliches Regelwerk für die Lizenzvergabe und Sicherheit im Bergbau. Und was passiert in Brasilien? Genau das Gegenteil: Etwa gleichzeitig mit dem Dammbbruch stimmte eine Senatskommission für „mehr Flexibilität“ von behördlichen Überprüfungen. Die Bergbau-Lobby kann sich auf fast 200 Parlamentarier im brasilianischen Kongress verlassen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass zu den größten Spendern im Präsidentschaftswahlkampf der Bergbaugigant Vale gehört, er kontrolliert die Firma Samarco. Noch mehr Macht besitzen nur die Agrarkonzerne.

Letztlich handelt es sich bei der Verseuchung des Rio Doce nicht nur um eine ökologische Katastrophe: 19 Menschen starben, Unzählige werden noch immer vermisst, ca. 280.000 Menschen sind von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten. Den Krenak ging die Grundlage für die Existenz – wie etwa die der Fischer – und der Spiritualität verloren.

*Christina Oberger*

# Generalverdacht Abtreibung

„Das Anti-Abtreibungsgesetz El Salvadors verursacht nichts als Schmerz und Leid bei zahllosen Frauen, Mädchen und ihren Familien. Es widerspricht den Menschenrechten und gehört weder in dieses noch in irgendein anderes Land.“

Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Amerika-Abteilung von Amnesty International

In El Salvador gilt seit 1998 ein striktes Abtreibungsgesetz. Abtreibung ist dort unter allen Umständen verboten, selbst wenn die Schwangerschaft durch Gewalt entstanden ist oder wenn durch sie ein Risiko für die werdende Mutter besteht. Zuvor war das Gesetz liberaler und erlaubte in solch dringenden Fällen eine Abtreibung, weshalb die Änderung als starker Rückschritt zu werten ist, vor allem in einer Zeit, in der sich andere Länder um liberalere Gesetze zu diesem Thema bemühen.

Auch Fehlgeburten werden als Abtreibung gewertet und mit bis zu 50 Jahren Haft bestraft.

Die 19-jährige Evelyn Beatriz Hernández Cruz wurde am 5. Juli 2017 wegen „schweren Mordes“ zu 30 Jahren Haft verurteilt. Sie war vergewaltigt worden, hatte dies aber aus Angst nicht angezeigt. Schließlich wurde sie zuhause ohnmächtig und kam ins Krankenhaus. Sie hatte bis dahin nichts von ihrer Schwangerschaft gewusst. Das Kind kam tot zur Welt. Sie wurde daraufhin vom Krankenhaus angezeigt.

Seit der Verschärfung des Gesetzes ist die Zahl der Todesfälle durch Schwangerschaften deutlich gestiegen. Frauen verbluten bei Komplikationen während der Geburt, trauen sich nicht ins Krankenhaus oder bekommen dort unzureichend Hilfe. Diejenigen, die bereits wissen, dass sie die Geburt nicht überleben werden, sterben an den Folgen illegaler Abtreibungen und auch die Selbstmordrate unter schwangeren Frauen ist drastisch gestiegen.

Frauen erhalten wegen des generellen Misstrauens gegen sie keine ausreichende medizinische Versor-

gung, vor allem bei Komplikationen einer Geburt, da die Ärzte ebenfalls mit Haftstrafen rechnen müssen.

Viele Frauen, die Fehlgeburten erlitten haben, werden wegen Mordes inhaftiert. Sie müssen mit bis zu 50 Jahren Haft und Anklagen wie „schwerer Mord“ oder „unzureichender Mutterinstinkt“ rechnen. Allein in jüngerer Zeit wurden 17 Frauen wegen des Gesetzes verurteilt. Sie stammen alle aus ärmeren und sozial benachteiligten Verhältnissen. Viele hatten wenig Zugang zu medizinischer Versorgung. Alle erlitten außerhalb des Krankenhauses Komplikationen, weshalb sie selbst dort medizinische Hilfe suchten oder dorthin gebracht wurden. Sie alle wurden nach unfairen Verfahren mit unschlüssigen oder schwachen Beweisen und mangelhafter Verteidigung verurteilt. Außerdem wurden die Fälle von Staatsanwälten und Richtern unzureichend untersucht. Die Angeklagten konnten sich auch keinen Rechtsanwalt leisten. Alle wurden zu Haftstrafen von bis zu 40 Jahren verurteilt.

Bisher sind nur zwei von ihnen freigekommen, eine durch Begnadigung, die andere wegen guter Führung, allerdings erst kurz vor Ende ihrer Haft.

Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Amerika-Abteilung von Amnesty International, sagt dazu: „Das absolute Abtreibungsverbot in El Salvador verletzt die Rechte von Frauen auf Leben, Gesundheit, Privatsphäre, rechtsstaatlichen Prozess und Freiheit von Diskriminierung, Gewalt, Folter und anderer Misshandlung. Alle Frauen und Mädchen, die einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen oder eine Fehlgeburt erlitten haben, müssen

sofort und bedingungslos freigelassen und das Abtreibungsgesetz ohne weitere Verzögerung außer Kraft gesetzt werden.“

Auch Theodora del Carmen Vásquez wurde nach einer Fehlgeburt zu 30 Jahren Haft wegen Mordes verurteilt. Im Interview sagte sie Amnesty International, dass sie sich sehr auf ihre Tochter gefreut hatte. Sie sagte außerdem, es sei unlogisch, zuerst den Notruf zu wählen, um das Kind zu retten, und es dann umzubringen. Die Richterin hat das anscheinend wenig interessiert, auch die Tatsache dass die Autopsie des Babys keine Gewalteinwirkung ergeben hatte. Vásquez sagte: „Die Richterin wollte mich von Anfang an verurteilen“.

Sie berichtete außerdem über die schlechten Haftbedingungen. 21 Frauen teilen sich eine Zelle, einige schlafen auf dem Boden. Anfangs wurde sie von anderen Frauen als Kindsmörderin beschimpft und sogar geschlagen. Mittlerweile hat sie andere Opfer des Gesetzes kennengelernt, sie unterstützen sich gegenseitig und machen einander Mut.

Sie hofft, bald freizukommen und ihren Sohn endlich wieder zu sehen. Dieser ist mittlerweile 13 Jahre alt und kann seine Mutter momentan

Guadalupe war 18 Jahre alt und hatte einen fünfjährigen Sohn, als sie im neunten Monat eine Fehlgeburt erlitt und beinahe verblutete. Ihr Arzt zeigte sie wegen Verdachts auf versuchten Schwangerschaftsabbruch an. Sie bekam daraufhin eine Haftstrafe von 30 Jahren und saß bis zu ihrer Begnadigung acht Jahre in Haft. Ihr Urteil wurde dennoch nicht aufgehoben und sie gilt weiterhin als Kindsmörderin.



Foto: [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org), Giles Clarke

nur ein- bis zweimal im Jahr sehen, da die Fahrt zum Gefängnis zu teuer ist.

Bereits im Oktober 2016 legte die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) einen Entwurf für eine Gesetzesreform vor. Die Reform sieht vor, dass Schwangerschaftsabbrüche zumindest dann legal sein sollen, wenn die Schwangerschaft das Leben der Schwangeren gefährdet, sie durch eine Vergewaltigung entstanden ist oder wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibs nicht überlebensfähig wäre.

Dieses Gesetz müsste zuerst vom parlamentarischen Ausschuss und danach von der Gesetzgebenden Versammlung abgesegnet werden. Die Debatte über diese Reform wird seit Monaten vertagt. Die Änderung ist allerdings dringend nötig, wie die Schicksale zahlreicher Frauen und Mädchen zeigen. El Salvador sollte sich daher dringend für die Rechte der weiblichen Bevölkerung einsetzen, diese anerkennen und schützen.

Eine 22-Jährige, die bei der Hausgeburt Komplikationen hatte und daraufhin ins Krankenhaus gekommen war, wurde wegen „mangelnden Mutterinstinkts“ verurteilt, da das Baby die Geburt nicht überlebt hatte.

Das bisherige Gesetz mindert nicht die Zahl der Abtreibungen, es erhöht nur das Risiko, daran zu sterben, weil Frauen keine andere Wahl

haben, als auf Abtreibungen zurückzugreifen, wenn sie andernfalls an Schwangerschaft oder Geburt sterben würden.

Vor allem ärmere Frauen haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln und erhalten keine sexuelle Aufklärung, weshalb sie sich nicht vor Schwangerschaften schützen können.

Außerdem hält das momentane Gesetz Frauen davon ab, besonders bei schweren gesundheitlichen Problemen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft, zum Arzt zu gehen, da sie nicht wissen, ob sie Hilfe oder eine Anzeige bekommen. Ärzte hingegen halten aus Angst vor einer Anzeige lebensnotwendige Maßnahmen zurück, wenn nicht sicher ist, ob ein Schwangerschaftsabbruch vorliegt.

Eine Fehlgeburt allein ist ein schwerer Schlag für Frauen weltweit, diesen zusätzlich durch unzureichende medizinische Versorgung und ungerechte Haft zu erschweren, schafft unnötiges, zusätzliches Leid.

Abtreibungen stehen auch in anderen Ländern unter strikten Strafen. So zum Beispiel in Chile, Haiti, Honduras, Nicaragua, Surinam und der Dominikanischen Republik.

In Deutschland ist die gesetzliche Regelung deutlich liberaler. Auch hier ist der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich nach § 218 StGB strafbar, für die Schwangere und den Arzt, der den Schwangerschaftsabbruch vornimmt. Der

Straftatbestand ist jedoch nicht verwirklicht, wenn der Schwangerschaftsabbruch spätestens 12 Wochen nach der Empfängnis vorgenommen wird und die Schwangere sich durch eine staatlich anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle beraten lässt. Diese Beratung dient nach § 19 StGB dem Schutz des ungeborenen Lebens und hat das Ziel, die Schwangere zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu er-

Delmi wurde von ihrem Freund ins Krankenhaus gebracht, weil er sie ohnmächtig und blutend vorfand. Sie wusste nichts von ihrer Schwangerschaft, wurde aber dennoch im Krankenhaus festgenommen. Glücklicherweise kam sie nach einem Jahr Untersuchungshaft frei, da ein Anwalt ihre Unschuld beweisen konnte.

mutigen und ihr Wege zur Konfliktbewältigung aufzuzeigen. Darüber hinaus ist ein Schwangerschaftsabbruch – auch nach der 12. Schwangerschaftswoche – nicht rechtswidrig, wenn eine Gefahr für das Leben oder die Psyche der Mutter besteht oder wenn das Kind im Rahmen einer Vergewaltigung oder eines sexuellen Missbrauchs von Kindern gezeugt worden ist. Dennoch ist das Thema ein Tabu, Frauen werden stigmatisiert und fühlen sich schuldig.

Sabrina Bucher

# Der Feind in unserer Mitte

Seit dem Mittelalter gilt der Islam in Europa als Bedrohung. Der ablehnende Blick auf die im 6. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel entstandene Religion manifestierte sich erstmals deutlich im den Beginn der Kreuzzugs-Ära markierenden 11. Jahrhundert. Hauptsächlich von machtpolitischen Motiven und dem Bedürfnis nach einer christlich-europäischen Identität geleitet, mobilisierten europäische Päpste und Könige mehrere nach Nordafrika und in die Levante führende Feldzüge und zementierten so ein Feindbild, das Muslime auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit als gewalttätig, unmoralisch und übersexualisiert charakterisiert. Das Vorkommen antiislamischer Ressentiments ist jedoch auch heute, über sechshundert Jahre nach dem Ende des letzten Kreuzzugs in den Orient, noch nicht ausschließlich auf ihre historische Aufarbeitung in Geschichtsbüchern beschränkt. Postfaktische, durch die Überzeugung von der eigenen religiösen, kulturellen und ethnischen Überlegenheit motivierte Verurteilung des Islams und seiner Anhänger bestimmt auch heute in Europa geführte politische, soziale und theologische Diskurse über die Religion.

Das Aufkommen des Islams im sechsten Jahrhundert nach christlicher Zeitrechnung und das bald darauf entstandene islamische Weltreich stürzten die christlich geprägten Gesellschaften Europas in eine religiöse und machtpolitische Krise: Während des vom 8. bis zum 13. Jahrhundert dauernden islamischen Goldenen Zeitalters sah sich Europa sowohl auf militärischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene mit einer Übermacht konfrontiert, die den Absolutheitsanspruch der eigenen Religion in Frage stellte. So bedingte der Verlust christlicher Kontrolle über Jerusalem in der Mitte des siebten Jahrhunderts das Gefühl mancher Europäer, von Muslimen bedroht zu sein, ebenso wie die Erkenntnis, nicht selbst Urheber neuer Entwicklungen in Technik, Medizin oder Philosophie zu sein, sondern als bloße Zuschauer in Richtung Osten blicken zu müssen, wo sich unter muslimischer Herrschaft ein nicht nur militärisch, sondern auch intellektuell überlegenes Reich entwickelte.

Die Wahrnehmung des Islams als Bedrohung beschränkte sich nicht auf die Expansionsbemühungen des islamischen Weltreichs, sondern umfasste auch die ablehnende Haltung gegenüber gesellschaftlichen und intellektuellen Entwicklungen. So war die islamische Blütezeit nicht nur

von territorialen Vergrößerungen islamischer Einflussgebiete geprägt, sondern auch von einer großen wissenschaftlichen Neugier. Die haschemitische Dynastie der Abbasiden zeichnete sich dabei in besonderem Maße durch ihre Förderung von Bildung aus. Im legendären Beit al-Hikma, dem 625 n. Chr. in Bagdad gegründeten Haus der Weisheit, finanzierten Kalif al-Mamun und seine Nachfolger etwa die Übersetzung und Kommentierung philosophischer und theologischer Werke der Antike und unterstützten wissenschaftlichen Diskurs und Forschung in unterschiedlichsten Fachrichtungen. Doch nicht nur muslimische Gelehrte profitierten von der Finanzierung ihrer Forschungen, auch christliche und jüdische Intellektuelle erfuhren Anerkennung und finanzielle Förderung und arbeiteten gleichberechtigt mit ihren muslimischen Kollegen zusammen. Die in Bagdad und anderen Zentren islamischer Bildung übersetzten Schriften umfassen dabei etwa die der griechischen Gelehrten Platon, Hippokrates und Aristoteles, deren Werke zum Teil nur durch ihre Übersetzung und Archivierung in arabischen Bibliotheken und Universitäten überdauert haben und deren Erhalt wir der Arbeit islamischer Wissenschaftler und Übersetzer zu verdanken haben. In einer Zeit der

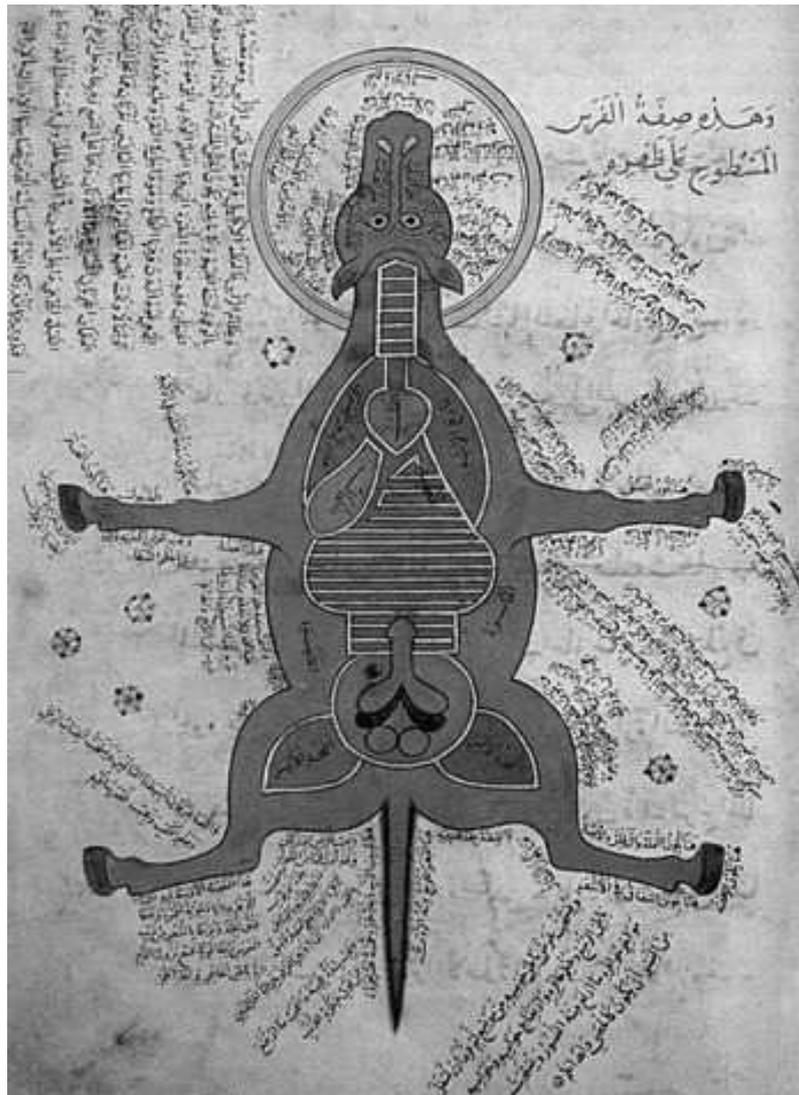
Stagnation in Europa, die als Mittelalter zwischen der als glorreich wahrgenommenen Epoche der Antike und der Neuzeit stand, sah sich der Kontinent einer Weltmacht gegenüber, die auf unterschiedlichsten Ebenen erfolgreich war und mit der europäische Christen nicht mithalten konnten.

Der Islam betrachtet den Kranken als Menschen in der Krise, der auf jede erdenkliche Unterstützung durch die Gemeinschaft angewiesen ist: So entwickelte sich – vor allem aus der Erfahrung der Kriegsverletzungen – eine karitative Tradition unter dem Stichwort „waqf“ (Wohlfahrt). Daraus entstand eine damals weltweit führende medizinische Wissenschaft im islamischen Kontext. Parallel dazu rückten auch die seelischen, sozialen und wirtschaftlichen Nöte des Kranken in den Blick.

Von Muslimen bzw. unter muslimischer Herrschaft ausgeführte Forschungsprojekte waren nicht unbedingt von religiösen Glaubenssätzen gelenkt, die es zu beweisen galt. Statt Krankheiten, wie in Europa oftmals geschehen, als göttliche Bestrafung oder mit dämonischer Bessessenheit zu erklären, gingen arabische Ärzte mit mehr Besonnenheit vor. Ihnen ist beispielsweise die Organisation einer sozialen Krankenfürsorge in der arabischen Welt zu

verdanken, welche die Christen des Westens erstmals mit der Ära der Kreuzzüge kennenlernten. So wurden muslimische Modelle der stationären Krankenversorgung im byzantinischen Konstantinopel, im normannischen Sizilien Friedrichs II. in Palermo und beim Malteser Johanniterorden auf Malta im 12. Jhd. aus dem syrisch-ägyptischen Raum übernommen. Durch Kreuzfahrerorden gelangten diese Errungenschaften schließlich auf das europäische Festland, wo es einige Jahrhunderte dauerte, bis es vergleichbare Einrichtungen gab. Auch die Versorgung psychisch Kranker wurde erstmals unter islamischer Herrschaft organisiert und institutionalisiert. In großen und fortschrittlichen Zentren der islamischen Welt, etwa in Bagdad (um 750), Kairo (873), Damaskus (800), Aleppo (1270) und Fez (1500), gründeten Araber Institutionen für psychisch kranke Menschen mit dem Ziel, deren Gesundheitszustand durch medizinische Interventionen zu verbessern oder gar zu heilen. Ähnliche Institutionen in Europa entstanden zuerst im maurisch geprägten Spanien, etwa in Valencia im Jahr 1409, in Saragossa des Jahres 1425, elf Jahre später in Sevilla und Valladolid und in Toledo im Jahr 1480.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene ereigneten sich während des islamischen Goldenen Zeitalters Entwicklungen, die von europäisch-christlicher Seite mit Missfallen aufgenommen wurden. In einer Zeit, in der europäische Frauen kein Erbrecht hatten, nicht studieren, geschweige denn selbst religiöse Unterweisungen geben durften und an eine gleichberechtigte Teilnahme der Geschlechter am gesellschaftlichen Leben nicht zu denken war, war die Stellung von Frauen im muslimischen Kulturkreis des Nahen Ostens und Nordafrikas fortschrittlich. Frauen konnten Besitzansprüche auf Erbmassen erheben, auch in der Ehe eigene finanzielle Entscheidungen treffen und ihr Vermögen ging durch eine Eheschließung nicht an ihre Ehemänner über. Außerdem



*Wissenschaftliche Neugier war über viele Jahrhunderte charakteristisch für islamisch geprägte Kulturen. Die im 15. Jahrhundert angefertigte anatomische Darstellung eines Pferdes ist Zeugnis dieses Wissensdrangs.*

*Quelle: commons.wikimedia.or*

war es Frauen erlaubt, an Bildungseinrichtungen zu studieren und sowohl in profanen als auch religiösen Fächern zu lehren. In Moscheen war es nicht unüblich, dass Frauen als Gelehrte unterrichteten, wofür sie von beiden Geschlechtern respektiert wurden. Fatima al-Fihri, eine marokkanische Gelehrte des achten Jahrhunderts, ist ein gutes Beispiel hierfür. Nachdem die hoch gebildete Frau von ihrem Vater ein beträchtliches Vermögen geerbt hatte, gründete sie die Qaraiyin-Moschee in Fez, die neben Gebetsräumen auch über einen Hörsaal und ein astronomisches Observatorium

verfügte und in der sowohl theologische als auch naturwissenschaftliche Studien betrieben wurden. Al-Fihri ist daher als Gründerin einer der ältesten Universitäten Marokkos bis heute unvergessen.

Neben der, verglichen mit anderen Gesellschaften derselben Epoche, beachtlichen Emanzipation von Frauen in muslimischen Einflussgebieten unterschied sich auch der Umgang mit Homosexuellen zu meist stark von dem, den diese im christlichen Europa erfuhren. Schwulenhass ist integraler Bestandteil christlicher Sexualgeschichte, stellt im Islam jedoch eine noch re-



*Das islamische Weltreich umfasste weite Gebiete über die Grenzen des arabischen Ursprungslands des Islams hinweg. Viele Moscheen sind architektonische Meisterwerke von großer ästhetischer Anziehungskraft und historischer Bedeutung. So war die im 13. Jahrhundert in Timbuktu, Mali, erbaute Djinguereber Moschee (links) über Jahrhunderte hinweg ein Zentrum für Bildung und Wissenschaft in Nordafrika. Die im iranischen Isfahan stehende Sheikh Lotfollah Moschee ist von einer Schönheit, die bis heute Gläubige und Touristen anzieht.*

*Quelle: commons.wikimedia.org*

lativ neue Tradition dar. Eine Vielzahl muslimischer Dichter der klassischen Periode, die auch das Goldene Zeitalter umfasst, dichteten unbefangen zu Themen wie gleichgeschlechtliche Anziehung und mussten dafür keine religiösen oder staatlichen Repressionen fürchten. Folge der verhältnismäßig fortschrittlichen Stellung von Frauen in der Gesellschaft und des freizügigen Umgangs mit Sexualität war das sich bis heute haltende Vorurteil, ein intrinsisches Merkmal des Islams sei eine verurteilenswerte Offenheit gegenüber von Gott nach christlichem Verständnis verfluchten sexuellen Praktiken und Ausdrucksformen und die Abwendung von traditionellen Rollenvorstellungen.

Muslime waren nicht die einzigen Anhänger einer Religion, deren Verfolgung und Ausrottung sich europäische Christen verschrieben hatten, jedoch richtete sich glaubenskämpferischer Hass in besonderem Maße gegen Anhänger des Islam. Der französische Abt und Zisterziensermönch Bernhard von Clairvaux etwa, dessen Lebens- und Wirkenszeit ins zehnte und elfte Jahrhundert fällt, war als Autor von über 1000 weitverbreiteten religiösen Aufsätzen an der theologischen

Rechtfertigung der Kreuzzüge beteiligt. In seiner Lobrede auf die Tempelritter und in seinen vom Hass auf Muslime geprägten Briefen und Büchern sprach er sich entschieden für einen religiös motivierten Krieg gegen Muslime aus. Da der Mönch zwei Jahrzehnte nach seinem Tod heilig gesprochen und im Jahr 1830 zum Kirchenvater ernannt wurde, ist seine Person im Christentum nicht umstritten; bis heute wird Bernhards Gedenktag im Namenskalender der evangelischen Kirche in Deutschland aufgeführt und auch von katholischer, lutherischer und anglikanischer Seite erfährt er ungeachtet seiner von religiösem Hass geprägten Schriften Verehrung und Wertschätzung.

Der im Europa der Kolonialzeit vorherrschende Orientalismus verstärkte bereits bestehende Feindbilder weiter. Fremde Kulturen und Menschen wurden pauschalisierend als den Weißen gegenüber minderwertig erachtet. In dieser Vorstellung brach sich neben einem rassistischen auch ein religiöses Überlegenheitsgefühl Bahn, das etwa in Rudyard Kiplings berühmtem Gedicht *The White Man's Burden* beschrieben wird. Zwar übte der Orient teilweise Faszinati-

on auf Europäer aus und wurde verklärt, doch schwang in der westlichen Darstellung des Ostens die Stigmatisierung und Verurteilung nicht-europäischer Andersgläubiger mit. Der Literaturkritiker Edward Said untersuchte die von Vorurteilen durchdrungene Darstellung des „Anderen“ in seinem 1978 erstmals erschienenen Buch *Orientalismus im Detail*.

Jahrtausendealte Vorurteile und einseitige Beschreibungen des Islams und der Muslime haben einen be-

trächtlichen Einfluss auf das bewusste und unbewusste kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft. In einer vor genau zwanzig Jahren vom deutsch-französischen Fernsehsender ARTE in Deutschland durchgeführten Umfrage wurden Menschen dazu befragt, ob sie Angst vor dem Islam hätten. Mit 47% antwortete fast die Hälfte der Umfrageteilnehmer mit ja. Dabei wurde in der Frage nicht Islamismus oder Terrorismus angesprochen, sondern ausschließlich die islamische Religion als solche. Würde man die Umfrage heute, zwei Jahrzehnte später, nach den verheerenden Anschlägen auf das World Trade Center in New York und den Invasionen von Afghanistan und dem Irak, erneut durchführen, wäre anzunehmen, dass die Zahl der befragten Personen, die mit ja antworten, sogar noch höher läge. Die Vorstellung, der Islam sei furchteinflößend und gefährlich, hält sich bis heute und hat ihre Wurzeln in der Stigmatisierung der Muslime seit der Zeit der Kreuzzüge. Ein antiislamisches Klima hat Deutschland erfasst, das sich zum Beispiel in einem Bundestagswahlergebnis von 12,6% für die offenen rechte und islamfeindliche AfD niederschlägt.

Islam-Kritik ist heute ein teils sehr einträgliches Geschäftsfeld; die Angst vor dieser vermeintlich von Terrorismus und Frauenhass geprägten Religion lässt sich zu Geld machen, wie etwa die Bestseller von Thilo Sarrazin und Hamed Abdel-Samad belegen. Dem Fehlen jeglicher islamwissenschaftlicher Ausbildung trotzend, versuchen sich Sarrazin und Abdel-Samad dennoch an der historischen, theologischen und soziologischen Einordnung des Islams und scheuen auch vor einer psychologischen Einschätzung des islamischen Propheten Muhammed nicht zurück, die in Abdel-Samads *Mohamed – Eine Abrechnung* in einer medizinischen Diagnostizierung des Propheten mündet. Dieser kommt, wie auch pauschalisierend die Anhänger des Islams im Allgemeinen, weder in Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* gut weg noch in den Büchern Abdel-Samads.

Die offen zur Schau getragene Abneigung gegenüber den Anhängern einer ganzen Religionsgemeinschaft löst siebzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und des Holocaust jedoch keine Welle der Entrüstung über die voreingenommene und stark verallgemeinernde Darstellung einer gesamten Religionsgemeinschaft aus. Im Gegenteil: Viele Reaktionen auf Bücher Sarrazins oder Abdel-Samads sind von Zustimmung geprägt. Der Islam und seine Gläubigen, so scheint es, können auf jedwede Weise kritisiert und herabgesetzt werden, wobei die der Religion entgegengebrachten Vorwürfe vielfach nicht einmal wahr sind, sondern der bloßen Diskreditierung einer Religionsgemeinschaft dienen. Der über ein halbes Jahrtausend nach dem Ende der Kreuzzüge noch immer als bedrohlich erachteten Religion soll der Aussage des ehemaligen deutschen Innenministers Thomas de Maizière zufolge eine deutsche Leitkultur entgegen gesetzt werden.

Obwohl etwa Abdel-Samads Publikationen wissenschaftlicher Standards entbehren und keinen Platz in den Curricula islamwissenschaftli-

cher und islamtheologischer Fakultäten finden, können er und weitere islamophobe Autoren sich einer breiten Leserschaft erfreuen, die sich an der einseitigen Darstellung weltgeschichtlicher theologischer Entwicklungen nicht stören.

Die auf der Ablehnung des Islams und der Muslime basierenden Veröffentlichungen speisen das Bedürfnis nach Identifikation mit einer imaginären, ruhmreichen Vergangenheit und beschwören die eingebildete Notwendigkeit herauf, sich als Christ den heidnischen, Schwert schwingenden Muslimen in den Weg stellen und das Abendland vor morgenländischen Invasoren schützen zu müssen. Um die Tapferkeit der selbsternannten Verteidiger des Abendlandes ist es im Alltag allerdings oft ähnlich bestellt wie um die Verankerung ihres Hasses auf den Islam in Fakten; beides entpuppt sich bei näherer Betrachtung als nicht mit der Realität zu vereinbaren. Doch dabei ist nicht der Islam der Feind demokratischer Werte, sondern diejenigen, die in Jahrtausende alter Tradition mit fadenscheinigen Argumenten gegen Muslime Stimmung machen. Die Nähe selbsternannter Unterstützer des christlichen Abendlandes argumentieren dabei oftmals nach denselben Mustern, die sie „den Muslimen“ vorwerfen. So sind beispielsweise viele muslimische Frauen, die sich für das Tragen eines Hijabs als Ausdruck ihres religiösen Glaubens entscheiden, in der Öffentlichkeit Schikanen und Belästigungen ausgesetzt. Ein in Europa seit dem ausgehenden Mittelalter traditionell unübliches Kleidungsstück zu tragen, so wird patriarchalisch argumentiert, sei sowohl zwingend ein Ausdruck von Unterdrückung von Frauen als auch ein Zeichen für einen militanten Islam, mit dem diese scheinbar geknechteten Frauen Andersgläubigen drohen wollen. Die Möglichkeit, dass die Entscheidung für oder gegen das Tragen eines Hijabs, wie es in der absoluten Mehrheit der Fälle üblich ist, von den Frauen selbst getroffen wird, wird negiert; tatsäch-

lich wird muslimischen Frauen aufgrund ihrer Kopfbedeckung im Namen christlich-europäischer Kultur die eigene Entscheidungsfreiheit und Autonomie abgesprochen.

Die im Jahr 2015 über Facebook ins Leben gerufene Halal-Challenge ruft christliche Verbraucher etwa dazu auf, Schweinefleisch in Supermärkten neben Halal-Produkte zu legen. Unter dem Deckmantel des Tierschutzes legen Rechte nun aus Massentierhaltung stammende Wienerwürstchen und marinierte Steaks von innerhalb kürzester Zeit auf Schlachtgewicht gemästeten Schweinen neben nach islamischen Geboten geschlachtete Hähnchen und fühlen sich – jedenfalls lassen auf Facebook hochgeladene Fotos, Videos und Kommentare zur Aktion darauf schließen – als mutige Etappensieger eines nicht enden wollenden Kampfes gegen den Islam. Während viele Muslime für die Halal-Challenge nur ein müdes Lächeln übrig haben, schleichen die Verteidiger okzidentalen Schinkenpickens heimlich ums Fleischregal, um eingeschweißte Wurst- und Fleischpackungen zu deplatzen und verstecken sich dann schnell hinter dem Brokkoli; man möchte schließlich beim Umsortieren der Supermarktauslagen nicht entdeckt werden, denn ein Hausverbot in der lokalen Aldi-Filiale ist schließlich der Albtraum eines jeden mutigen Kreuzritters im 21. Jahrhundert.

Zwar kann man rechtsradikale Aktionen wie die Halal-Challenge als klägliche Versuche ideologisch verirrter Islamhasser abtun, Muslimen auf unbeholfene Art und Weise die eigene Ablehnung zu kommunizieren, doch ist die in Deutschland grassierende Islamphobie weitaus gefährlicher, als ein paar umsorzierte Wurstscheiben vermuten lassen. Laut eines Berichts der Wochenzeitung *Die Zeit* vom Februar 2017 steigt die Zahl gewaltsamer Angriffe auf deutsche Moscheen seit Jahren kontinuierlich an. Laut Polizeiangaben wurden im Jahr 2016 91 Angriffe auf islamische Gotteshäuser registriert. Damit ist die Zahl der An-

griffe vom bisherigen Höchststand im Jahr 2015 innerhalb eines einzigen Jahres um etwa 20% gestiegen, wobei die Dunkelziffer aller Wahrscheinlichkeit nach weit höher liegt. Doch auch die von der Polizei untersuchten Angriffe zeichnen ein erschreckendes Bild: Beinahe zwei Moscheen werden jede Woche mit Steinen oder Molotov-Cocktails beworfen, durch Graffiti mit rechtsextremen Parolen und Symbolen beschmiert oder auf andere Art vandalisiert. Auch Berichte über Angriffe auf muslimische Frauen, die etwa durch das Tragen des Hijab in der Öffentlichkeit als Muslimas zu erkennen sind, häufen sich. Viele in Deutschland geborene und aufgewachsene Muslime spüren erste Folgen der rechten Einschüchterungstaktik und fühlen sich in ihrem eigenen Heimatland nicht mehr sicher. Die antiislamische Polemik rechter Parteien trägt also traurige Früchte. Rechtsextreme Gewalttäter verfolgen durch die Angriffe auf Moscheen das Ziel, Angst und Terror zu verbreiten. Ziel ist letztlich die Ermordung Unschuldiger und die Auslösung einer Fluchtbewegung; durch Gewaltakte sollen deutsche und in

Deutschland lebende Muslime dazu genötigt werden, das Land zu verlassen.

Die Abneigung gegenüber Anhängern einer bestimmten Glaubensrichtung ist in Deutschland kein neues Phänomen. Islamfeindlichkeit und Antisemitismus weisen Parallelen auf. Islamophobiker entwerfen, ähnlich den Antisemiten, ein einseitig negatives Bild von Muslimen, das diesen bestimmte Wesenszüge zuschreibt, die aufgrund ihres muslimischen Glaubens unveränderlich seien. Damit einhergehend ist eine strikte Einteilung von Menschen und Religionen in die Kategorien Gut und Böse. Im Gegensatz zu antisemitischen Ideologien, die etwa in der NS-Zeit besonders stark verbreitet und propagiert wurden, gehen die meisten radikalen Islamkritiker jedoch nicht von einer muslimischen Weltverschwörung aus, wie sie einst Anhängern des jüdischen Glaubens angedichtet worden war.

Dennoch ist Abneigung gegen Muslime ausschließlich aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht mehr auf extreme Rechte beschränkt; Islamophobie ist in der Mitte der deutschen Gesellschaft angekommen. Die oftmals vorgeschobene Begründung, der Islam präsentiere sich aktuell als gewalttätig und der Verweis etwa auf den syrischen Bürgerkrieg oder die Kriege in Afghanistan oder dem Irak, hält genauerer Betrachtung nicht stand. Selbst eine angenommene Gewaltbereitschaft des Islams als solchem rechtfertigt keine verbalen oder körperlichen Angriffe auf in Deutschland lebende Muslime, die friedliche Mitbürger unseres Landes sind. Auch wird die Tatsache außer Acht gelassen, dass westliche Staaten, wie zum Beispiel Deutschland, bis

heute despotische Regimes in mehrheitlich muslimischen Staaten sowohl diplomatisch als auch mit Waffenlieferungen unterstützen. So war der 2011 gestürzte Diktator Hosni Mubarak ebenso geringesehener Gast auf dem internationalen Parkett wie der 1979 abgesetzte persische Schah. Eine in den 1950er-Jahren im Iran entstandene Demokratiebewegung wurde aus Gründen der politischen und ökonomischen Einflussnahme US-amerikanischer und britischer Nachrichtendienste gestoppt und die von einer Mehrheit der Iraner ungeliebte Monarchie wieder eingeführt. Statt erfolgversprechende Demokratiebewegungen im Mittleren Osten zu begrüßen, stellen viele westliche Länder eigene Interessen vor die der Menschen in muslimischen Gesellschaften; zwar wird dem Islam die Missachtung von Menschenrechten vorgeworfen, doch wenn Muslime sich für demokratische Prozesse und Bewegungen einsetzen, erfahren sie bis heute nicht selten die Ablehnung demokratischer Staaten Europas oder Amerikas. Fehlende demokratische Strukturen in manchen nichtmuslimischen Ländern dienen jedoch weiterhin als Argument für die Unterlegenheit des Islams gegenüber dem Christentum, was zu einem Teufelskreis der Ablehnung führt.

Wir müssen denjenigen entgegenzutreten, die rechtes, entwürdigendes und diskriminierendes Gedankengut gegen Muslime salonfähig machen. Im Moment scheinen sie Erfolg mit ihren Versuchen zu haben, Islamophobie in der deutschen Gesellschaft weiter zu etablieren. Dabei wollen Islamhasser die eigene Identität durch eine Abgrenzung von anderen definieren und so ihr Selbstverständnis der Überlegenheit zementieren, das ohne die Herabsetzung vermeintlich Untergeordneter keinen Bestand hätte. Der Feind ist schon in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen, aber er trägt kein Kopftuch.



*Der Islam ist längst in Deutschland angekommen.  
Im Bild die zwischen 1999 und 2005 erbaute  
Sehitlik-Moschee in Berlin.  
Copyright: Lienhard Schutz, Quelle: commons.wikimedia.org*

**ÄGYPTEN:****Drohende Haftstrafe wegen Menschenrechtsarbeit**

Unter [www.ai-tuebingen.de](http://www.ai-tuebingen.de) (Appellbriefe) finden Sie **Musterbriefe** der Deutschen Sektion von Amnesty International.

Hanan Badr el-Din setzt sich gegen das Verschwindenlassen ein, denn ihr Ehemann zählt zu den vielen Personen, die in Ägypten in den vergangenen Jahren „verschwunden“ sind. Im Mai 2017 wurde sie bei der Suche nach ihrem Mann festgenommen und fälschlicherweise der „Mitgliedschaft in einer verbotenen Gruppierung“ angeklagt. Ihr drohen mindestens fünf Jahre Haft.

Hanan Badr el-Din hatte ihren Mann zuletzt im Fernsehen gesehen, als er nach Protesten im Juli 2013 verwundet in eine Klinik kam. Doch als sie ihn dort besuchen wollte, war er nicht auffindbar. Sie suchte Polizeiwachen, Gefängnisse, Krankenhäuser und Leichenhallen auf, um etwas über sein Schicksal zu erfahren – ohne Erfolg. Gemeinsam mit anderen Betroffenen gründete Hanan Badr el-Din daher im Jahr 2014 die Organisation „Familienkoalition der Opfer des Verschwindenlassens“ und forderte öffentlich Aufklärung über das Schicksal der „Verschwundenen“. Diese Menschenrechtsarbeit dürfte der wahre Grund für ihre Inhaftierung und strafrechtliche Verfolgung sein.

Die ägyptischen Sicherheitskräfte haben in den vergangenen Jahren Hunderte Menschen verschwinden lassen. Die Regierung bestreitet dies jedoch. Die Opfer sind meist politische Aktivist\_innen, Protestierende oder Studierende, bis hin zu minderjährigen Schüler\_innen.



**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den ägyptischen Präsidenten und bitten Sie ihn, Hanan Badr el-Din umgehend und bedingungslos freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen.

**Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Präsident  
Abdel Fattah al-Sisi  
Office of the President  
Al Ittihadia Palace  
Kairo  
ÄGYPTEN

*Fax: 00202 – 23 91 14 41*

*E-Mail: [p.spokesman@op.gov.eg](mailto:p.spokesman@op.gov.eg)*

*(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)*

*(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten  
S. E. Herrn Badr Ahmed Mohamed Abdelatty  
Stauffenbergstraße 6-7  
10785 Berlin

*Fax: 030 - 477 10 49*

*E-Mail: [embassy@egyptian-embassy.de](mailto:embassy@egyptian-embassy.de)*

*(Standardbrief: 0,70 Euro)*

**Briefvorschlag:**

Exzellenz,

mit Sorge habe ich erfahren, dass sich die Menschenrechtlerin Hanan Badr el-Din in Haft befindet. Ihr wird Mitgliedschaft in einer verbotenen Gruppe zur Last gelegt. Der Vorwurf entbehrt jeder Grundlage. Da sich Hanan Badr el-Din öffentlich gegen das Verschwindenlassen in Ägypten einsetzt, befürchte ich, dass sie lediglich wegen ihrer legitimen Menschenrechtsarbeit inhaftiert wurde. Ich bitte Sie, den Rechten auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in ihrem Land Geltung zu verschaffen, das Schicksal von „Verschwundenen“ zu klären und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen nicht einzuschüchtern und in ihrer Arbeit zu behindern.

Daher fordere ich Sie auf, Hanan Badr el-Din umgehend und bedingungslos freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen.

Hochachtungsvoll,

## HONDURAS:

### Schutz für Umwelt- und Landrechtsaktivisten



In Honduras werden Mitglieder einer Organisation bedroht und tötlich angegriffen, die sich für die Rechte der indigenen Gemeinschaft der Lenca einsetzen. Das Leben der Lenca ist untrennbar mit ihrem Land verbunden. Doch dieses Land ist durch Wasserkraftwerke, Bergbauvorhaben und andere Großprojekte massiv bedroht. Die Organisation MILPAH (*Movimiento Indígena Independiente Lenca de La Paz*) verteidigt die Rechte der indigenen Gemeinschaft und kämpft gegen die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen. Sie hat unter anderem gegen den Bau von Wasserkraftwerken in Intibucá und La Paz protestiert.

Für ihr Engagement zahlen die Mitglieder der Organisation einen hohen Preis: Sie werden verleumdet, tötlich angegriffen und mit dem Tode bedroht. Die Behörden verfolgen die Täter\_innen so gut wie nie. Honduras ist eines der weltweit gefährlichsten Länder für Menschen, die sich für Umweltschutz

und die Rechte von Indigenen einsetzen. 2016 wurde die bekannte Aktivistin Berta Cáceres ermordet, die gegen ein Wasserkraftwerk protestiert hatte. Honduras muss die Mitglieder von Landrechts- und Umweltschutzorganisationen besser schützen und die Täter\_innen strafrechtlich verfolgen. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat Schutzmaßnahmen für MILPAH angeordnet.

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den honduranischen Präsidenten und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die Mitglieder von MILPAH sowie andere Menschenrechtsverteidiger\_innen ausreichenden Schutz gemäß ihrer Wünsche erhalten.

**Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Präsident  
Juan Orlando Hernández  
Presidente de la República  
Casa Presidencial, Bulevar Juan Pablo II  
Tegucigalpa  
HONDURAS  
*E-Mail: [info@presidencia.gob.hn](mailto:info@presidencia.gob.hn)*  
*Twitter: @JuanOrlandoH*  
*(Anrede: Estimado Señor Presidente / Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)*  
*(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Republik Honduras  
S. E. Herrn Ramón Custodio Espinoza  
Cuxhavener Straße 14  
10555 Berlin  
*Fax: 030 – 39 74 97 12*  
*E-Mail: [informacion.embahonduras.de@gmail.com](mailto:informacion.embahonduras.de@gmail.com)*  
*(Standardbrief: 0,70 Euro)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich mache mir große Sorgen um die Mitglieder der Organisation MILPAH. Sie setzen sich für die Rechte der indigenen Gemeinschaft der Lenca ein und werden deshalb verleumdet, tötlich angegriffen und mit dem Tode bedroht. Ihr Protest gegen die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen ist vollkommen legitim und darf nicht dazu führen, dass ihr Leben bedroht wird. Honduras muss die Mitglieder von Landrechts- und Umweltschutzorganisationen schützen und die Täter strafrechtlich verfolgen. Der Mord an Berta Cáceres hat gezeigt, dass dies nicht in ausreichendem Maße geschieht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission Schutzmaßnahmen für MILPAH angeordnet hat.

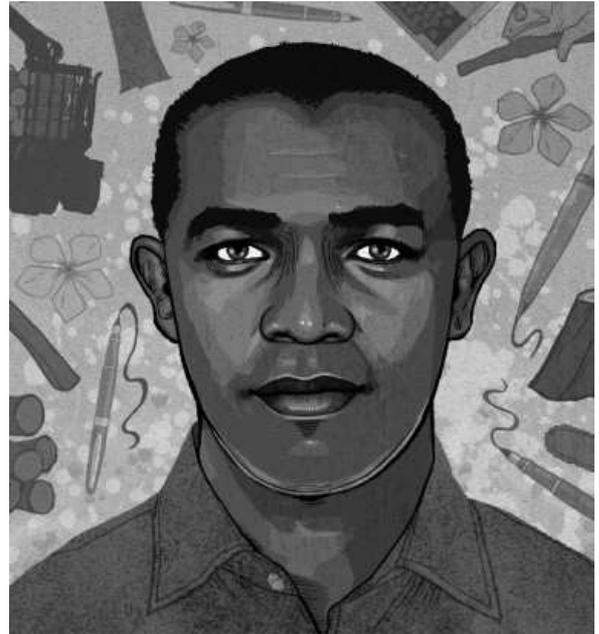
Daher fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, dass die Mitglieder von MILPAH sowie andere Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen ausreichenden Schutz gemäß ihrer Wünsche erhalten.

Hochachtungsvoll,

**MADAGASKAR:****Umweltschützer droht Gefängnis**

Clovis Razafimalala setzt sich seit vielen Jahren für den Schutz des Regenwaldes in Madagaskar ein. Im September 2016 inhaftierten ihn die Behörden unter dem Vorwurf, er habe bei Protesten zur Zerstörung öffentlichen Eigentums aufgerufen. Zahlreiche Personen können jedoch bezeugen, dass sich Clovis Razafimalala zum Zeitpunkt der Protestveranstaltung in einem Restaurant aufhielt und weder an dem Protest teilgenommen hat noch die ihm vorgeworfenen Taten begangen haben kann. Die Zeug\_innen wurden jedoch in dem Verfahren nicht angehört. Im Juli 2017 verurteilte ihn ein Gericht zu fünf Jahren Haft auf Bewährung. Das bedeutet, dass er jederzeit ins Gefängnis kommen kann, wenn er sich weiter engagiert.

In Madagaskar blüht der illegale Handel mit Palisanderholz und anderen geschützten Holzarten. Das Geschäft ist sehr lukrativ – es geht um Milliarden US-Dollar – und wird von der Regierung geduldet. Clovis Razafimalala hat den Schmuggel mit Edelhölzern angeprangert und wurde deshalb wiederholt bedroht. 2009 gab es sogar einen Brandanschlag auf sein Haus. Außerdem bot man ihm mehrfach Geld an, um sein Schweigen zu erkaufen. Er lehnte die Bestechungsversuche jedoch ab und setzte sich weiter für den Schutz des Regenwaldes ein. Clovis Razafimalala sowie einige Umweltorganisationen sind der Ansicht, dass er wegen seines Engagements für den Umweltschutz unter konstruierten Vorwürfen angeklagt und verurteilt wurde.



**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an den Justizminister von Madagaskar und bitten Sie ihn, das Urteil gegen Clovis Razafimalala umgehend aufzuheben.

**Schreiben Sie in gutem Madagassisch, Französisch oder auf Deutsch an:**

Justizminister  
Charles Andriamiseza  
Ministry of Justice  
43 Rue Joel Rakotomolala  
Faravohitra – Antananarivo  
MADAGASKAR

*E-Mail: [spminjus@yahoo.fr](mailto:spminjus@yahoo.fr)  
Facebook: <http://amn.st/60028tymn>  
(Anrede: Son Excellence Monsieur le Ministre /  
Sehr geehrter Herr Justizminister)  
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie an:**

Botschaft der Republik Madagaskar  
Frau Florence Isabelle Rafaramalala ep. Ratsimba (Geschäftsträgerin a. i.)  
Seepromenade 92  
14612 Falkensee

*Fax: 033 – 22 23 14 29  
E-Mail: [info@botschaft-madagaskar.de](mailto:info@botschaft-madagaskar.de)  
(Standardbrief: 0,70 Euro)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrte Frau Justizministerin,

der Umweltschützer Clovis Razafimalala wurde im Juli 2017 zu fünf Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Man warf ihm vor, bei Protesten zu Straftaten aufgerufen zu haben. Die Anklage entbehrt jedoch jeder Grundlage, denn Clovis Razafimalala war an den Protesten gar nicht beteiligt. Personen, die bezeugen können, dass er sich zum Zeitpunkt der Protestveranstaltung in einem Restaurant aufhielt, wurden nicht angehört. Meiner Ansicht nach handelt es sich um einen politisch motivierten Prozess, der mit seinem Engagement für den Umweltschutz in Verbindung steht. Die Verurteilung soll ihn offenbar davon abhalten, den illegalen Handel mit Palisanderholz und anderen geschützten Holzarten in Ihrem Land anzuprangern.

Daher fordere ich Sie auf, das Urteil gegen Clovis Razafimalala umgehend aufzuheben.

Hochachtungsvoll,